ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 15

2,50

Sie schüren das glimmende Feuer zu tödlichen Flammen!

Liebe Leserinnen, Liebe Leser,

die Landtagswahlen haben dem organisierten Neofaschismus einen neuen Erfolg gebracht. In drastischer Weise hat sich nun erneut an Schleswig-Holstein gezeigt, daß antirassistische und antifaschistische Positionen in diesem Land politisch in der Defensive sind.

In Kiel haben seit der Wahl eine Reihe von Aktivitäten, Demonstrationen und Veranstaltungen stattgefunden. Die Resonanz war sehr unterschiedlich. So kann z.B. die Demonstration am Vorabend der Landtagseröffnung angesichts einer TeilnehmerInnenzahl von 500-600 Menschen wohl schwerlich als politischer Erfolg gewertet werden. Weitere Aktionen, aber auch weiterer Austausch darüber, wie es in Sachen wirkungsvoller Antifaschismus weitergeht, sind notwendig. Wir werden versuchen, unseren Teil zu beidem beizutragen. Ab der Nummer 16 der ATZE werden wir die regelmäßige Rubrik *Aus dem Landtag* einführen, in der wir über die DVU ebenso berichten werden wie über die Aktivitäten der bürgerlichen Parteien.

In dieser Ausgabe findet ihr natürlich vor allem etwas zur Wahl und zu den antifaschistischen Aktivitäten drumherum. Wir schließen erneut mit der Bitte, für die ATZE zu werben weil diese Zeitung als Forum der Debatte und als Informationsträger nie so notwendig wie heute und in nächster Zeit ist.

Eure ATZE-Redaktion

Atze

Antifaschistische Zeitung Kiel
Schweffelstraße 6
2300 Kiel 1
Auflage: 800
Nr. 15, Juni/August 1992
V.i.S.d.P.: W. Petersen
Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder den AutorInnen

Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20

Inhaltsverzeichnis:

Die ATZE wird teurer!

Seit Gründung der Kieler Antifa-Zeitung 1988 konnten wir den Preis von zwei Mark halten - das sind jetzt vier Jahre. Gleichzeitig sind freilich unsere Kosten gestiegen und der Umfang der Hefte hat sich beträchtlich erhöht. In diesem Jahr legen wir mit der **ATZE** Nummer 15 bereits die zweite vierzigseitige Zeitung vor. Wir bitten um Verständnis, daß wir vor diesem Hintergrund eine Preiserhöhung auf **2,50 DM pro Heft** beschlossen haben. Über eine Anhebung des Abo-Preises werden wir in nächster Zeit beraten. Bis zur nächsten Ausgabe gilt in jedem Fall noch der alte Preis von 15 DM für vier Ausgaben.

Die ATZE MacherInnen

Nach den Landtagswahlen

Faschisten gewinnen Anhang und formieren sich - Können die antifaschistischen Kräfte weitermachen wie bisher?

CDU und SPD analysieren als Ursache für den erschreckend hohen Wahlerfolg der DVU (daß die Republikaner zusätzlich auch 18320 Stimmen erhalten haben, bleibt meistens unerwähnt) und für die eigenen Stimmenverluste unisono ein vorübergehendes Protestverhalten der Wähler.

Engholm erklärte z.B. am 6.4. vor dem Landesvorstand: „Die SPD will nach den Stimmenverlusten am rechten Rand den Weg zurückfinden zur großen Volkspartei." Das bedeute, die Brücke zu den abgewanderten Wählern nicht abzubrechen, deren Protestverhalten keineswegs mit dem rechtsextremistischen Programm der DVU gleichzusetzen sei. (KN 7.4.)

„Kaum Grund zur Selbstkritik an den zurückliegenden vier Jahren sozialdemokratischer Landesregierung sieht der SPD-Landesvorstand: 'Die Regierungspolitik stößt auf breite Zustimmung'". (KN 28.4.)

Nach einer Schätzung von Infas liefen von der SPD 30000 Wähler zur DVU über, die CDU hat danach 20000 Stimmen an die DVU abgegeben.

Die weitere Analyse von Infas ist eher hilflos: „Es handele sich um 'rechtspopulistische Protestwähler'. Sie stammten aus sozial benachteiligten Schichten mit geringem Einkommen. Diese Wähler hätten Ängste in unserer Leistungsgesellschaft im Wettbewerb mit Ausländern bei der Suche nach Arbeitsplätzen und Wohnungen entwickelt und fühlen sich unterlegen." (KN 7.4.)

	Landtagswahl 1987		Landtagswahl 1988		Landtagswahl 1992	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Wahlberechtigte	2 035 382	x	2 041 062	x	2 090 107	x
Wähler	1 559 330	76,6	1 580 465	77,4	1 500 931	71,8
Ungültige Stimmen	9 294	0,6	13 628	0,9	13 115	0,9
Gültige Stimmen	1 550 036	99,4	1 566 837	99,1	1 487 816	99,1
davon entfallen auf						
SPD	701 124	45,2	857 956	54,8	687 517	46,2
CDU	660 484	42,6	521 264	33,3	503 388	33,8
F.D.P.	81 113	5,2	69 620	4,4	82 919	5.6
GRÜNE 1)	60 408	3,9	44 898	2,9	73 993	4,97
SSW	23 316	1,5	26 643	1,7	28 237	1,9
REP	-	-	8 673	0,6	18 230	1,2
DVU	-	-	-	-	93 302	6,3
Einzelbewerber	30	0,0	-	-	230	0,0
DKP	2 338	0,2	2 253	0,1	-	-
FSU	39	0,0	170	0,0	-	-
NPD	-	-	19 154	1,2	-	-
ÖDP	556	0,0	1 170	0,1	-	-
S-H-P	-	-	2 245	0,1	-	-
UWSH	20 628	1,3	12 791	0,8	-	-

1.2 Sitze

	Landtagswahl 1987		Landtagswahl 1988		Landtagswahl 1992	
	insgesamt	unmittelbar	insgesamt	unmittelbar	insgesamt	unmittelbar
SPD	36	27	46	45	45	45
CDU	34	18	28	-	32	-
F.D.P.	4	-	-	-	5	-
SSW	1	-	1	-	1	-
DVU	-	-	-	-	6	-
Insgesamt	75	45	75	45	89	45

1) wegen der gesetzlich zu beachtenden 5 %-Klausel wird hier die ungerundete Zahl veröffentlicht.

Am klarsten und eindeutigsten war die Beurteilung durch die Börse: Der Deutsche Aktienindex (DAX) stieg kräftig an. „Allein 29 der 30 DAX-Werte verbuchten Kursverbesserungen. 'Jetzt endlich haben die zwei großen traditionellen Parteien zeitgerecht den notwendigen Denkzettel von enttäuschten Protestwählern erhalten, ohne den die zuständigen Bonner Politiker nicht zu echten Handlungen zur Eindämmung der Asylantenflut, der Staatsverschuldung, der Kriminalität sowie der Wohnungsnot bereit gewesen wären'" zitiert die KN einen Börsenmakler im „KN-Börsenbericht" zwei Tage nach der Wahl. (KN 7.4.)

Schon jetzt sieht es ganz danach auch, daß CDU und SPD im Sinne dieses Wunsches zusammenrücken und die geforderte Richtung einschlagen. Gansel hat erklärt, auch er könne sich nun eine Grundgesetzänderung im Asylrecht vorstellen. Engholm will mit Waigel über einen gemeinsamen „Sparplan" verhandeln und Simonis vertrat gegenüber den Streikenden im Öffentlichen Dienst die Interessen des Dienstherren vehementer als Seiters.

Die DVU (beziehungsweise in Baden-Württemberg die Republikaner) im Parlament machen von rechtsaußen Druck, während gleichzeitig die Stiefelnazis den Terror auf der Straße und in der Stadt verstärken. Im Kern gleiche oder ähnliche Aussagen der CDU, nur moderater verpackt, sollen dann als annehmbarer erscheinen, sodaß eventuell sogar die SPD zustimmen kann. Eine solche Konstellation in der Parteienlandschaft ist (siehe oben) die Traumvorstellung der Börse.

Die bisherigen Stellungnahmen der SPD gehen davon aus, daß die Faschisten über keinen dauerhaften Wählerstamm verfügen und ähnlich wie 1968 nur ein kurzes Gastspiel im Parlament geben werden.

Demgegenüber sagen alle von uns befragten älteren Antifaschisten, die noch Erfahrung mit dem Hitlerfaschismus gemacht haben und die auch das Gastspiel der NPD im Parlament erlebt haben, daß die Situation heute in keiner Weise mit der 1968 vergleichbar sei. 1968 hätten keine jungen Leute die Faschisten gewählt. Das sei aber nun genauso wie vor 1933 der Fall. Ein Streit darüber, ob diese Wähler Faschisten seien oder nicht, sei völlig unerheblich. Die Erfahrung habe gezeigt daß sie sich in relativ kurzer Zeit zu Faschisten entwickeln könnten.

Die Meinungsbildung darüber, wer die Faschisten gewählt hat und warum, ist nicht unerheblich dafür, ob die Gewerkschaften und auch größere Teile der SPD der Parteibildung der Faschisten entschieden entgegentreten oder nicht.

Eine genauere Bewertung des Wahlergebnisses am Beispiel Kiels

Die Wahlbezirke haben alle um die Tausend Wähler. Die Wohngegenden und auch die Wohnbevölkerung ist überschaubar.

Zunächst einmal haben wir die Wahlbezirke zusammengestellt, in denen die DVU mehr als 10% der Stimmen erhalten hat.

Folgendes fällt sofort auf: In allen Stimmbezirken, in denen die DVU besonders viele Stimmen erhalten hat, verfügt die SPD über eine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, die teilweise an eine 2/3 Mehrheit heranreicht. Die CDU ist dort zum Teil unter 20 % der abgegebenen Stimmen abgesackt, was im extremsten Fall nicht einmal 8% der stimmberechtigten Wohnbevölkerung entspricht. Die SPD hat dort nicht nur Stimmen an die

Bezirk	Wahlber.	Wähler	%	SPD	%	CDU	%	DVU	%
97	1057	723	68,4	442	61,1	128	17,7	75	10,4
171	890	383	43,0	242	64,0	69	18,3	46	12,2
173	963	459	47,7	256	56,4	101	22,2	48	10,6
174	841	410	48,8	241	59,4	80	19,7	45	11,1
175	940	625	66,5	340	55,3	148	24,1	69	11,2
74	1244	668	55,1	379	55,9	162	23,9	71	10,[illegible]
79	893	505	56,6	299	59,6	85	16,9	61	12,2
85	888	427	48,1	245	57,9	60	14,2	43	10,2
112	1151	763	66,3	386	51,3	205	27,2	76	10,1
147	1024	693	67,7	387	56,4	144	21,0	82	12,0

Kurz zur Orientierung:

Bezirk	Stadtteil
97	Hammer
171, 173, 174, 175	Mettenhof
74, 79, 85	Gaarden
112	Ellerbek (Tröndelsee)
147	Elmschenhagen

Im Vergleich dazu das Wahlergebnis im Stadtgebiet:

Mon 13.Apr.1992 13:01:26

LANDTAGSWAHL AM 5. APRIL 1992 LANDESHAUPTSTADT KIEL S T A D T G E B I E T

Wahlkreis	Wahlber.	Wähler	Ungültig	Gültig	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	SSW	REP	DVU
					Von den gültigen Stimmen entfallen auf:						
17	48948	36452	221	36231	17874	10351	2314	2330	1152	349	1861
Kiel-Nord		74,5	0,6	99,4	49,3	28,6	6,4	6,4	3,2	1,0	5,1
18	49651	36218	293	35925	18091	10116	2459	3356		285	1618
Kiel-Mitte		72,9	0,8	99,2	50,4	28,2	6,8	9,3		0,8	4,5
19	45776	31848	284	31564	16618	8649	1868	1928		447	2054
Kiel-Südwest		69,6	0,9	99,1	52,6	27,4	5,9	6,1		1,4	6,5
20	48405	32014	278	31736	18661	7006	1435	1794		377	2463
Kiel-Ost		66,1	0,9	99,1	58,8	22,1	4,5	5,7		1,2	7,8
SUMME	192780	136532	1076	135456	71244	36122	8076	9408	1152	1458	7996
		70,8	0,8	99,2	52,6	26,7	6,0	6,9	0,9	1,1	5,9

Gruppe der Nichtwähler verloren, sondern auch an die DVU. Anders als in anderen Stimmbezirken hat auch die CDU seit der Landtagswahl 1988, die von ihr ja als der absolute Tiefpunkt angesehen wird, erhebliche weitere Stimmen abgegeben. Für die dort Lebenden ist die CDU keine Volkspartei mehr. Das alles spricht für eine große Polarisierung und zwar in diesen Bezirken zunehmend zwischen SPD und DVU.

Zusätzlich bedenklich ist die geringe Wahlbeteiligung, die teilweise unter 50 % liegt. Zu befürchten ist, daß dies für nicht wenige nur der Anfang der Hinwendung zu den Faschisten ist.

Wer hat die Faschisten gewählt?

Am einfachsten ist die Analyse für den Bezirk Hammer. Es handelt sich um ein einheitliches Gebiet mit alten Reihen- bzw. Einfamilienhäusern, in denen relativ sehr alte sogenannte Vertriebene wohnen. Diejenigen unter ihnen, die schon immer einer nazistischen Weltanschauung nahestanden, haben durch die Regierungspolitik Oberwasser bekommen und treten zunehmend kecker auf.

Mettenhof, die Bezirke in Gaarden und am Tröndelsee sind mit Wohnblöcken bebaut. Die Wohn- und Lebensverhältnisse sind dort deutlich unterdurchschnittlich. Daß die Annahme, es bestehe ein direkter Zusammenhang zwischen einfachen Wohnverhältnissen und hohem Stimmenanteil der DVU, nicht einfach richtig ist, beweisen die im Durchschnitt liegenden Ergebnisse aus Friedrichsort und der Wik. Im Gegensatz zu den ausgewählten Bezirken wohnen dort vor allem ältere Arbeiterfamilien, während hier junge Familien, alleinstehende Arbeitende und Erwerbslose wohnen.

Im Bezirk 146 (Elmschenhagen) stehen alte Reihenhäuser, die nur zum geringeren Teil von den Bewohnern gekauft wurden und zum größeren Teil vermietet sind. Es leben dort sehr viele junge Leute noch bei ihren Eltern, weil aufgrund der schlechten Umstände keine eigene Wohnung bezahlbar ist. Wenn es auch nicht ganz eindeutig beweisbar ist, so ist es doch wahrscheinlich, daß die Stimmen für die DVU vor allem von diesen jungen Wählern kommen.

Wir sind deshalb so ausführlich auf die Ergebnisse in diesen ausgewählten Stimmbezirken eingegangen, weil dort für uns die aus Umfragen erzielten Ergebnisse von Infas, vor allem ganz Junge wie auch ganz Alte hätten DVU und Republikaner gewählt, schlüssig nachvollziehbar sind.

Das Wahlverhalten weist auf tatsächliche Umbrüche in der Gesellschaft hin.

Neun Jahre konservativ-liberale Regierungspolitik hat immer größere Teile der Bevölkerung ins direkte Elend gedrückt. Vor allem bei jungen Leuten wird der Anschein geweckt, daß kollektives, daß gewerkschaftliches Verhalten an diesen Realitäten nichts ändern wird. Stattdessen scheint Konkurrenz, der eigene Vorteil auf Kosten anderer, brutaler Gebrauch der Ellenbogen einziges Mittel zu einem besseren Leben zu sein. Die bürgerliche Politik führt das vor: Ausländer werden nicht wie Menschen behandelt, wer arm ist, wird immer weiter getreten, immer verächtlicher behandelt. In der Außenpolitik pocht deutsches Wesen wieder auf seine Stellung in der Welt, der Einsatz deutscher Truppen überall in der Welt wird angestrebt.

Die Nazis bringen eine solche Politik vereinfacht auf den Punkt. Sie versprechen Wohlergehen auf Kosten anderer ganz offen und brutal. Selbst der ärmste und schwächste Deutsche kann daran teilhaben - auf Kosten der Ausländer, Flüchtlinge, und anderer Länder.

Christliches Gedankengut hat auf solche Wählerschichten jeglichen Einfluß verloren, das zeigen die vorgestellten Wahlergebnisse ganz deutlich. Was sich aber auch zeigt, ist, daß die gewöhnliche sozialdemokratische Politik die Wertvorstellungen dieser Wähler zunehmend weniger beeinflussen kann.

Die offizielle sozialdemokratische Vorstellung, das Wahlverhalten sei ein vorübergehender Protest, der sich dadurch erledige, daß die von der DVU in der Propaganda angesprochenen „Probleme" behandelt würden, ist völlig falsch und immens gefährlich: je mehr den Faschisten in der Ausländerpolitik nachgegeben wird, destomehr werden sie gestärkt. Das war schon in der Deutschlandpolitik so - oder hat die Einverleibung der DDR die Faschisten geschwächt? Die bisherige Erfahrung zeigt, daß das wohl für alle diese sogenannten „Probleme" gilt.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich?

Die Anhangbildung der Faschisten und ihre Formierung zu einer einflußreichen Partei in der BRD ist weiter fortgeschritten, als alle, uns eingeschlossen, das befürchtet haben. Die Diskussion in der nächsten Zeit kann sich also nicht darum drehen, wie einige Stiefelnazis nach dem Motto „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" niedergehalten werden. Selbst eine Kampagne für völlige gesellschaftliche Ächtung, nach Verbot und Auflösung würde für sich genommen nicht viel daran ändern können, daß immer größere Bevölkerungsteile sich entsolidarisieren, faschistisches Gedankengut übernehmen und Faschisten werden.

Antifaschistische Politik muß die gesellschaftlichen Realitäten verändern, auf deren Boden faschistische „Lösungen" falsche Hoffnungen wecken können. Alles, was geeignet ist, der Verrohung der bürgerlichen Politik entgegenzuwirken, die Entsolidarisierung und Ausgrenzung aufrechtzuhalten muß unterstützt werden. Dazu gehört auch das gemeinsame Vertreten des Interesses nach bezahlbaren Wohnungen, angemessenen Lohnerhöhungen usw. Es gibt dabei viele Berührungspunkte zwischen antifaschistischer und gewerkschaftlicher Politik.

Weil die bürgerliche Politik den Boden schafft, auf dem faschistische Politik gedeiht, muß antifaschistische Politik ihre Tätigkeiten ausweiten und sich mit nahezu allen Maßnahmen dieser bürgerlichen Politik befassen. Die Erfahrungen aus den Landtagswahlen haben gezeigt, daß es dafür ausgesprochen lähmend ist, wenn keine einzige Partei kandidiert, die den Antifaschismus zum Programm erhoben hat, wenn es keine Kandidaten gibt, die antifaschistische Forderungen unterstützen. Es wäre deshalb sehr wünschenswert, wenn zu den Kommunal- und zu den Bundestagswahlen 1994 antifaschistische Bündniskandidaturen antreten könnten. - (clm)

Antifaschistische Aktionen zur Eröffnung des Landtags

Am 5.4. wurde der neue Landtag eröffnet. Für den Vortag hatten das Kieler Bündnis gegen Rassismus und Abschiebung und andere antifaschistische Gruppen zu einer Demonstration aufgerufen. Es sollte dagegegen protestiert werden, daß das erste Mal seit über 20 Jahren mit der DVU wieder eine faschistische Partei im Kieler Landeshaus vertreten sein würde, dieses als Tribüne für ihre braune Propaganda nutzend.

Trotz guter Mobilisierung kamen aber nur knapp 400 Menschen um 17.00 Uhr zum Asmus-Bremer-Platz, von dem der Demonstrationszug mit erheblicher Verzögerung nach Gaarden zog. Viele, zu viele, haben scheinbar schon vor dem Erstarken der Faschisten und dem enormen Rechtsrutsch im öffentlichen Bewußtsein kapituliert. An mangelndem Bekanntheitsgrad kann es jedenfalls nicht gelegen haben, daß sich weder Gewerkschafter (abgesehen von jener Handvoll, die regelmäig in Antifa-Gruppen mitarbeitet) noch DKP'ler beteiligten. Im Spektrum eingeschränkt und noch spärlicher besucht war dann am nächsten Vormittag die antifaschistische Kundgebung vor dem Landtag, zu der u.a. auch die VVN aufgerufen hatte. Knapp 100 Menschen versammelten sich um 9.00 Uhr vor dem Landtag, um ihren Protest kundzutun. Sie mußten allerdings noch eineinhalb Stunden auf die Abgeordneten warten, die vor der Eröffnung des neuen Landtages noch zum gemeinsamen Beten gefahren waren.

Nachdem dann die Herren und Damen eingetroffen waren und man ihnen lautstark seine Empörung mitgeteilt hatte, formierte sich ein Demonstrationszug. Begleitet von einem gigantischen Polizeiaufgebot ging es zur Holtenauer Straße. Von dem Zeitpunkt, an dem der Zug in diese einbog, war nicht mehr von einer Demonstration, sondern eher von einem wandernden Kessel zu sprechen. Neben unzähligen behelmten Revier-Polizisten umringten auch mit Schilden bewaffnete Bereitschaftspolizisten die Demonstration von allen Seiten. Es dürften wohl ca. 2 Grüne auf jeden Demonstranten gekommen sein.

Kurz vor dem Dreiecksplatz versuchte dann die Einsatzleitung die Situation zu eskalieren. Mehrere Reihen martialisch gerüsteter Beamter stoppten den Zug, und über Megaphon wurde den Eingekesselten mitgeteilt, daß ihre Aktion ungesetzlich sei und sie sich aufzulösen (!) haben. Diese ließen sich jedoch weder provozieren noch so ohne weiteres das Demonstrationsrecht nehmen. Nach einigem Verharren und Verhandeln ging es dann weiter (im Kessel) zum Asmus-Bremer-Platz, wo mit einer kurzen Kundgebung geendet wurde.

Unterdessen drückten sich im Landtag die bürgerlichen Parteien vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der faschistischen DVU. Einzig die neugewählte Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave widmete dieser in ihrer Eröffnungsrede ein paar schwammige Passagen. Einmal mehr wiederholte sie die Mär von den Protestwählern. Wörtlich heißt es bei ihr: „Die Menschen machen sich Luft, ihren Ängsten, Interessen, ihrem Ärger, ihrem Protest. Und es geht ihnen dabei ganz legitim um im besten Sinne gewöhnliches: um Arbeit und Wohnung, um Lohn und Rente, um Kindergärten und Schulen, um Wasser und saubere Luft." Kein Wort von der ausufernden Gewalt gegen Flüchtlinge und Einwanderer, kein Wort von den nahezu die ganze Gesellschaft erfassenden rassistischen Ressentiments.

Ihr Rezept gegen das Erstarken der Faschisten klingt im Angesicht der menschenverachtenden Politik der Landesregierung wie Hohn (erinnert sei an die Behandlung der Norderstedter Flüchtlinge): „... es wird an uns liegen,... die Sündenbockfunktion der Ausländerfrage deutlich zu benennen und immer wieder für Toleranz gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden einzutreten." Ein salbungsvoller Satz, nachdem getrost zur Tagesordnung übergegangen werden kann.

(wop/ Lokalberichte Kiel 9/92)

Antifaschistische Demonstration am Vorabend der Landtagseröffnung

Redebeitrag des FrauenLesbenPlenums auf der Demonstration am 4.Mai

Am 5. April wurde in Schleswig-Holstein gewählt. Die Faschisten, die sich Republikaner nennen, bekamen 1,2% der Stimmen; 18.230 Menschen wählten diese Partei.

Die Faschisten, die sich Deutsche Volksunion nennen, erhielten 6,3% der Stimmen; 93.302 Menschen wählten diese Partei.

111.532 Menschen wählten faschistisch - es waren vor allem Männer !!

Entscheidendes Merkmal der faschistischen Parteien ist ihr Rassismus und Sexismus.

Rassismus heißt, daß körperliche Merkmale oder Eigenschaften von Menschen qualitativ bewertet werden. Ziel ist, die Ungleichheit der Menschen, z.B. zwischen Schwarz und Weiß festzustellen und als natürlich festzuschreiben.

Sexismus heißt, das weibliche Geschlecht wird zur Ab- und Ausgrenzung von Frauen benutzt.

Rassismus und Sexismus haben die soziale Funktion von Ausgrenzung und Ausschluß gemeinsam - tatsächlich oder symbolisch !

Der biologische Unterschied zwischen Frauen und Männern dient den Faschisten und Faschistinnen als Grundlage, um Frauen in ihrem Lebensraum und ihrer Entfaltung zu begrenzen, ihnen die Selbstbestimmung zu nehmen - d.h. ihnen „ihren" scheinbaren Platz zuzuweisen.

Frauen sollen Volk und Nation gebären und erhalten.

Frauen sollen die Nation vor der angeblichen Gefahr der sogenannten Rassenvermischung bewahren.

So gehen die Faschisten und Faschistinnen der DVU - ebenso wie z.B. ChristdemokratInnen - davon aus, daß Abtreibung Mord sei.

Nach Angaben der DVU-Faschisten und Faschistinnen fehlen jährlich 200.000 deutsche Geburten. Die Frau, die abtreibt, begeht nach deren Meinung ein Verbrechen an ihrem Volk.

Das ist rassistisch und sexistisch ! Das ist frauenfeindlich !

Frauen werden aufgrund ihrer Gebärfähigkeit zu „Retterinnen der Nation" degradiert. Das ist sexistisch !

Frauen sollen ihr Leben in den Dienst der „Volksgemeinschaft" stellen. Das ist Unterdrückung !

Frauen sollen sich selbst aufgeben, um im Familienleben aufzugehen. Das ist Gewalt!

Doch Vorsicht !!!

Rassismus und sexistische Ideologie, sexistisches und rassistisches Handeln haben nicht nur Faschisten und Faschistinnen für sich reserviert!! So geht z.B. das konservative Frauenbild der CDU/CSU, das auch in weiten Teilen der SPD, der FDP und der Grünen Zustimmung findet, davon aus, daß Frauen als Mütter geboren werden.

Das ist sexistisch ! Das ist frauenfeindlich !!

Frauen dürfen allenfalls „Gleichberechtigung" in der Familie erlangen.

Das ist Unterdrückung !

Ehe und Familie werden als natürliche Bestimmung für Frauen und Mädchen definiert und propagiert.

Das ist Gewalt !

Zentrales Thema von Faschisten und Faschistinnen und Konservativen - zentrales Thema des Patriarchats überhaupt - ist Frau, Familie und Ehe. Die Unterdrückung von Mädchen, Frauen, Lesben in Familie und Ehe, die Unterdrückung von Mädchen, Frauen, Lesben im Patriarchat findet in der antifaschistischen Bewegung kaum Beachtung.

Wir fordern Euch auf, den Zusammenhang zwischen Patriarchat, Mädchen-, Frauen-, Lesbenunterdrückung und Faschismus nicht länger zu ignorieren !! Wir fordern eine Auseinandersetzung mit Rassismus und Sexismus auch in den eigenen Reihen und Zusammenhängen !!

Rassismus und „Fremdenfeindlichkeit" sind nicht das Problem der Einwanderinnen und Einwanderer - auch wenn sie darunter zu leiden haben ! Es sind die Probleme der Deutschen !!

Sexismus, Mädchen-, Frauen-, Lesbenfeindlichkeit sind nicht die Probleme von Mädchen, Frauen und Lesben auch wenn sie darunter zu leiden haben ! Es sind in erster Linie die Probleme der Männer !!

Wenn Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten von über 50% der Bevölkerung, Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten von Mädchen, Frauen und Lesben begrenzt und in Frage gestellt werden, so ist das ein Politikum !!

Wir wehren uns dagegen und kämpfen für uns !!

Wahl - Splitter

1) Die DVU hat in Schleswig-Holstein ihren absoluten Schwerpunkt im Wahlkampfeinsatz gesehen. Die gleichzeitig in Baden-Württemberg stattfindende Wahl blieb von ihr unbeachtet. Zwar hatte Frey nur wenige Tage nach dem Wahlerfolg der DVU in Bremen die DVU-Kandidatur auch in SH angekündigt - in der eigenen Propaganda war aber zunächst durchaus ein vorsichtiges Abwarten zu sehen, ob z.B. die zur Wahlzulassung nötigen Unterschriften zu beschaffen sein würden und sich ausreichend KandidatInnen finden lassen könnten.

Nachdem diese Hürden genommen waren, begann ein breiter Werbefeldzug für die DVU. Der Verzicht auf öffentliche Veranstaltungen wurde wie bereits anderswo ersetzt durch unübersehbare Plakatierung der DVU-Hetze. (Dabei halfen auch Faschisten aus anderen Bundesländern, z.B. waren in Eutin und im Raum Segeberg 30-40 jährige DVU'ler mit einem VW-Transporter [HU-XX 866] unterwegs). Mehrere Hauswurfsendungen ließ die DVU landesweit von der Post verteilen. Dabei versuchte sie gezielt, unter dem Gesichtspunkt des „Protestes" WählerInnenstimmen zu gewinnen. Mit jeder Wurfsendung konnten in der Münchner Zentrale weitere Werbematerialien angefordert werden. Das ist wohl auch in gewissen Umfang gemacht worden, da sich in den Wochen vor der Wahl z.B. deutlich mehr der DVU-Aufkleber auf PKW fanden als in der Zeit davor. Die so gewonnenen Adressen von Interessierten in Schleswig-Holstein versorgte Frey dann mit persönlich gehaltenen Anschreiben, in denen er die Stimmangabe für die DVU beschwor, und - in den letzten Wochen vor der Wahl - die kostenfreie Zusendung seiner „Deutschen Wochenzeitung", in der die Berichterstattung über Schleswig-Holstein im Mittelpunkt stand und der Einzug der DVU unter Verweis auf Probeabstimmungen in Schulklassen u.ä. prognostiziert wurde. (Letzteres ist natürlich bis zu einem gewissen Grade auch Zweckoptimismus gewesen, um den Eindruck zu vermeiden, eine Stimme für die DVU sei verschwendet, weil diese ohnehin nicht in den Landtag einziehen würde.)

2) Die bürgerliche Presse verhielt sich gegenüber den DVU-KandidatInnen und der DVU-Kandidatur uneinheitlich. Die *Kieler Nachrichten* brachten nur ganz vereinzelt Kurzmeldungen, die auf DVU-Pressemitteilungen zurückgingen. Die KandidatInnen der DVU wurden nicht im Einzelnen vorgestellt. Anders die *Lübecker Nachrichten*; in ihr wurden - in einer Reihe mit den VertreterInnen der übrigen Parteien - auch die REP- und DVU-KandidatInnen vorgestellt und ihre Ansicht zu einer jeweils vorgegebenen politischen Frage wiedergegeben. Im *Flensborg Avis* wurde versucht, die DVU als undurchsichtige und in der Bevölkerung nicht verankerte Partei darzustellen. Dazu wurde darauf hingewiesen, daß ihre KandidatInnen im Norden Schleswig-Holsteins gar nicht von dort kämen und es keine Möglichkeit gäbe, diese für Interviews o.ä. zu erreichen. So lautete eine Überschrift bspw. „Landtagsaspiranten der `Deutschen Volksunion` lassen sich verleugnen - scheuen Kontakt oder legen gleich auf - Nur einer plauderte aus dem Nähkästchen...".

3) Eine Sonderrolle spielte erneut das *Fehmarnsche Tageblatt* des 1990 zum stellvertretenden DVU-Bundesvorsitzenden gewählten Henning Wolff (vgl. auch die Rubrik „Schon gehört?"). Dort wurde im redaktionellen Teil massiv für die DVU Werbung gemacht; im Zusammenhang mit dem Rechtsstreit zwischen DVU und NDR bzgl. der Ausstrahlung der volksverhetzenden DVU-Werbespots wird die DVU bspw. als zu Unrecht benachteiligte demokratische Partei dargestellt. Wolff schreibt zudem daß die DVU „betont ausländerfreundlich sei". Der Kandidat für den Wahlkreis Oldenburg-Nord, Leo Schönrock, wurde ausführlich vorgestellt - mit Bild, Lebenslauf und seinen politischen Ansichten.

Wie schon bei der Europawahl 1989 erreichte die DVU auf Fehmarn deutlich über dem Landesschnitt liegende Ergebnisse. Den Spitzenwert erreichte erneut Westfehmarn mit 10,2% (in einzelnen Wahlbezirken 12,1%).

DVU-Landesvorsitzender Ingo Stawitz und sein Chef aus München

4) Die KandidatInnen, die von der DVU aufgestellt wurden, sind in der Mehrheit den AntifaschistInnen im Lande bisher nicht bekannt gewesen. Neben einigen,

die bereits früher im Zusammenhang mit der DVU aufgetaucht sind (Stawitz; Clasen; B-P. Friese; Schachtschneider; Krumm; H-J. Brandt; Kühn; Rohde; Schimmel) hat die DVU auch Personal aus anderen Parteien rechts von der CDU angezogen. Für die ÖKO-Union hatte bspw. noch 1989 Sunnihild Wellmer (Westensee) zur Europawahl kandidiert. Hans Bielenberg, der im Wahlkreis 07 (Schleswig-Nord) antrat, kommt aus dem Nordischen Ring. Mit Helmut Dau wurde ein bereits Anfang der 80er Jahre in der KLA (Kieler Liste für Ausländerbegrenzung) aktiver Faschist aufgestellt; und für die NPD waren Behrens, Schulze und der langjährige Chef des JN-Ordnerdienstes im Norden, Ulrich Schwetasch, tätig.

5) Für die DVU ziehen ins Landesparlament ein:

Ingo Stawitz - DVU-Landesvorsitzender und DVU-Fraktionschef im Landtag - hat länger in Australien gelebt - nach eigenen Angaben ist es Zufall, daß er bei der DVU und nicht bei NPD oder REP gelandet ist - im Keller seiner Doppelhaushälfte wird das Landesbüro der Partei betrieben;

Clasen - DVU`ler aus Kiel

Manfred Clasen - stellv. DVU-Landesvorsitzender und stellv. DVU-Fraktionschef - bereits seit Jahren bei der DVU;

Karin Voß - bekam in den 60er Jahren Kontakt zur extremen Rechten über das „Ostpreußenblatt" - trat im März 1987 in die DVU ein;

Helmut Thienemann - parlamentarischer Geschäftsführer der DVU-Fraktion im Landtag;

Benvenuto-Paul Friese - Beisitzer im DVU-Landesvorstand und stellv. DVU-Fraktionsvorsitzender;

Renate Köhler - stellv. DVU-Fraktionsvorsitzende - hält den Faschisten Frey für einen „sehr sympathischen Menschen".

6) Die höchsten Stimmenanteile holte die DVU in den Städten Neumünster und Kiel, in Lübeck und im Südosten des Landes. In den meisten bäuerlichen Gegenden Schleswig-Holsteins blieb die DVU wie auch in Flensburg deutlich unter ihrem landesweiten Durchschnitt. In Itzehoe erhielt die DVU im Umfeld der Landeszentralstelle für Asylbewerber über 12 % (plus 6% für die REP). In Kabelhorst (Kreis Ostholstein), wo sich eine Flüchtlingsunterkunft befindet, lag der DVU-Stimmanteil hingegen deutlich unter dem Landesschnitt.

Nach den bisher vorliegenden Auswertungen der Statistischen Ämter läßt sich zumindest für Kiel erkennen, daß die höchste Zustimmung für faschistische Parteien in eben den Stadtteilen zu verzeichnen ist, wo bereits 1989 die REP ihre besten Ergebnisse einfuhren. Dies läßt sich bis in einzelne Straßenzüge hinein verfolgen. Wohl kaum Protestwähler, sondern stabiles Potential faschistischer Parteien.

7) Der Wahlkampf der REP in Schleswig-Holstein stand deutlich im Schatten Baden-Württembergs. Lange Zeit war unklar, ob die REP überhaupt antreten würden; zudem kam es bei der Aufstellung der KandidatInnen erneut zu innerparteilichen Spannungen.

Auch die REP plakatierten landesweit, wenn auch in geringerem Umfang als die DVU. Schwerpunktmäßig wurde auch eine REP-Postwurfsendung (Titel: „Anklageschrift im Namen der Republikaner") verteilt, so z.B. im Kieler Hochhausgebiet Mettenhof. Daneben schalteten die REP in den meisten Tageszeitungen des Landes in den Wochen vor der Wahl größere Anzeigen mit dem Motto „Bürger wehrt Euch !!!". Erstmals wurde - rechtswidrig - auch REP-Werbematerial per Fax verbreitet. Anders als die DVU haben die REP dort, wo sie über eine arbeitsfähige Struktur verfügen (z.B. Lübeck), Informationsstände gemacht. Entsprechend der von Schönhuber ausgegebenen Linie, sich als seriöse demokratische Partei zu geben, distanzierten sich die REP in einer Presseerklärung von der DVU. Der REP-Landesvorsitzende Jensen erstattete Anfang März Strafanzeige gegen den CDU-Spitzenkandidaten Ottfried Hennig, weil der die REP als „widerliche alte Nazis" bezeichnet hatte.

8) Obwohl ein Teil der Führungsriege der REP im Laufe des Jahres 1991 die Partei verlassen hat, konnte diese rechtsextreme Partei landesweit antreten. Leute wie Dethloff, Siewert, Krohn, Wendt, Raffel, Bittiehn sowie Klaus Meier (früher KLA) und Lothar Grünkorn (Ludendorffer) gehören zum Stammpersonal der Partei.

9) Landesweit erhielten die REP 1,2 % der Stimmen (= 18.230).

Gegenüber der Landtagswahl von 1988 sind das mehr als doppelt so viele (8.673 = 0,6%), gegenüber der Bundestagswahl von 1990 eine Stabilisierung (18.823). Besonders gut schnitten die REP in den Wahlkreisen Lübecks (zwischen 1,8% und 2,0%) und Lauenburgs (zwischen 1,9% und 2,7%) ab.

10) Die FaschistInnen verdanken ihren Wahlerfolg auch dem Rückenwind, den sie von den bürgerlichen Parteien erhielten.

Den Auftakt machte die SPD-Landesregierung mit ihrem sog. „Zählappell" (vgl. den Beitrag in diesem Heft), d.h. der pauschalen Diffamierung von Flüchtlingen als „Betrüger". Ende Februar stieg auch die CDU voll ein und forderte die SPD im Rahmen einer Landtagsdebatte dazu auf, die Abschaffung des Artikel 16 GG in seiner bisherigen Form endlich mitzutragen. In den folgenden Wochen ergänzte die CDU ihre Wahlplakate, auf denen das zentrale Motto „Hennig handelt" prangte, durch Parolen wie „Asylmißbrauch stoppen", „Kriminalität bekämpfen" u.ä. - und spielte der DVU damit in die Hände. Einen Tag vor der Wahl schaltete die CDU erneut - dieses Mal halbseitige - Anzeigen in den Tageszeitungen Schleswig-Holsteins. „Morgen: Entscheidung gegen den Asylmißbrauch!" hieß es in fetten Lettern. Und für die real existierende Sozialdemokratie kam noch am Wahltag in der vierten Ausgabe der SPD-Wahlkampf-"Zeitung am Sonntag" Minister Jansen in einem Interview zu Wort, in dem er versichern konnte, daß es nun wirklich nicht an der SPD liege, wenn der „Asylmißbrauch" noch nicht unterbunden sei.

11) Der antifaschistische Protest blieb unkoordiniert, der Widerstand schwach. Nicht, daß es nicht wertvolle Initiativen gegeben hätte, wie z.B.

- die landesweite Wurfsendung des „Nordregionalen Antifabündnis";
- die Proteste der PostzustellerInnen gegen die DVU-Hetze;
- die Beseitigung faschistischer Wahl-

werbung (siehe Kasten auf Seite 11);
- Protest gegen die Zulassung der faschistischen Parteien bei den Sitzungen der Kreiswahlausschüsse;
- die von vielen Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen unterstützte Anzeige gegen die „unmenschliche Asylpolitik der SPD-Landesregierung“;
- landesweite Proteste gegen den sog. „Zählappell“;
- die Informationsveranstaltungen und Demonstrationen in einzelnen Städten, usw. usf.

aber all dies war nicht Bestandteil eines gemeinsamen Konzeptes. In dieser Hinsicht muß der Austausch zwischen den verschiedenen Strömungen des Antifaschismus in Zukunft verstärkt werden, denn - und damit soll keineswegs einer Fixierung auf die wahlpolitischen Aktivitäten der Faschisten das Wort geredet werden, aber die Dynamik faschistischer Wahlerfolge ist ein zentraler und häufig unterschätzter Aspekt der gegenwärtigen Entwicklung - im Jahr 1994 stehen insgesamt 20 Wahlen (von Kommunalwahlen bis zur Europawahl) an. Und wir AntifaschistInnen müssen dann politisch und praktisch handlungsfähiger sein als in den letzten Monaten.

(V/F)

Lfd. Nr.	Familienname	Vorname(n)	Beruf oder Stand	Geburtsjahr	Anschrift (Hauptwohnung)
DIE REPUBLIKANER (REP)					
1	Jensen	Peter-Michael	Kapitän	1944	Sandberg 119, 2210 Itzehoe
2	Dr. Steffen	Jens Gerd	Facharzt	1937	Am Forsthaus Wittland 4, 2300 Kiel 1
3	Siewert	Friedrich	Kraftfahrer	1938	Waldstraße 1, 2210 Itzehoe
4	Meier	Alexander	Kommunalbeamter und Volljurist	1946	Segeberger Straße 39 b, 2060 Bad Oldesloe
5	Schüler	Karl-Heinz	Kaufmann der Wohnungswirtschaft	1942	Osloring 43, 2300 Kiel 1
6	Neumann	Ralf	Berufskraftfahrer	1962	Elbstraße 72, 2000 Wedel (Holstein)
7	Jensen	Gudrun	Verkäuferin	1956	Sandberg 119, 2210 Itzehoe
8	Kaczenski	Gerd-Roland	Versicherungskaufmann	1954	Mittelstraße 1, 2358 Oersdorf
9	Krohn	Reinhard	Zöllner	1965	Rotdornweg 4, 2055 Dassendorf
10	Hein	Wilfried	Geschäftsführer	1952	Op'n Feld 15, 2081 Haseldorf
11	Meier	Klaus	Handelsfachwirt	1939	Bogenstraße 2, 2300 Kiel 14
12	Griem	Erwin	Kaufmann	1941	Rethwischhöhe 10, 2060 Bad Oldesloe
13	Runge	Brigitte	Verkäuferin	1949	Rethwischhöhe 10, 2060 Bad Oldesloe
14	Ruchay	Edith	Kauffrau	1942	Waldstraße 1, 2210 Itzehoe
15	Leverentz	Andreas	Schüler	1972	Korvettenstraße 108, 2400 Lübeck
DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)					
1	Stawitz	Ingo	Angestellter	1950	Am Eichholz 45, 2082 Uetersen
2	Voß	Karin	Rentnerin	1923	Rendsburger Straße 1, 2362 Wahlstedt
3	Clasen	Manfred	Bezirksschornsteinfegermeister	1934	Medusastraße 27, 2300 Kiel 14
4	Thienemann	Helmut	Angestellter	1936	Klanderstraße 27, 2320 Plön
5	Friese	Benvenuto-Paul	Kaufmann	1928	Gööistraat 9, 2251 Seeth
6	Köhler	Renate	Hausfrau	1938	Waldwinkel 4, 2280 Westerland
7	Schachtschneider	Ingo	Arbeiter	1959	Doppelreihe 1 A, 2204 Süderau
8	Schwelasch	Ulrich	Kraftfahrzeugmechaniker	1960	Kleine Seestraße 17, 2361 Neversdorf
9	Kühn	Peter	Bäcker	1951	Quickborner Straße 42, 2081 Borstel-Hohenraden
10	Schimmel	Wolfgang	Diplom-Ingenieur	1962	Einsiedelstraße 25 B, 2400 Lübeck
11	Behrens	Wolfgang	Kaufmann	1940	Hauptstraße 36, 2204 Steinburg
12	Praß	Sabine	Studentin	1956	Kieler Straße 150, 2087 Bönningstedt
13	Meyer	Michael	Koch	1967	Westerstraße 1, 2223 Meldorf
14	Bielenberg	Hans	Heizungsbaumeister	1923	Glückstedter Straße 61, 2357 Bad Bramstedt
15	Thomé	Manfred	Versicherungskaufmann	1940	Tivolistraße 1, 2240 Heide
16	Zuckmantel	Ralf	Kraftfahrer	1954	Fleien 1, 2200 Neuendorf
17	Dietzsch	Klaus	Rentner	1927	Roesoll 7, 2305 Heikendorf
18	Hördegen	Ingeborg	Konzert- und Opernsängerin	1925	Lechweg 30, 2300 Kiel 14
19	Pötschke	Bernd-Uwe	Dachdeckermeister	1954	Königsberger Ring 28 c, 2406 Stockelsdorf
20	Meyer	Hans Jürgen	Arbeiter	1937	Körnerstwiete 22, 2203 Horst (Holstein)
21	Keller	Günter	Maurer	1938	Schwarzer Weg 17, 2087 Bönningstedt
22	Schwellnus	Herbert	Richtmeister	1928	Osterholder Allee 8, 2080 Pinneberg
23	Rohde	Swen	Tischler	1968	Verbrüderungsring 24 g, 2053 Schwarzenbek
24	Henftling	Heinrich	Justizbeamter a.D.	1920	Am Ladenzentrum 10, 2057 Reinbek
25	Schubert	Hellmut	Studienrat a.D.	1924	Wetenstieg 3, 2070 Großhansdorf
26	Schwellnus	Ursula	Kontoristin	1934	Osterholder Allee 8, 2080 Pinneberg

Amtsbl. Schl.-H. 1992 S. 106

Schluß mit der Wahlwerbung der faschistischen Parteien!

Seit Wochen verbreiten die faschistischen Parteien DVU und Rep in Kiel bereits ihre rassistische und deutsch-nationale Hetze. Auf großen Plakattafeln und hunderten von Stelltafeln können sie gegen Flüchtlinge hetzen, die Krieg, Verfolgung und Elend auch in die Bundesrepublik treiben.

Diese Menschen sind Teil der Kieler Bevölkerung. Sie werden beleidigt und beschimpft. Aber die Politiker und Politikerinnen im Rathaus sehen weg. Sie reden zwar davon, daß etwas getan werden müsse gegen Rechtsextremismus und rassistische Gewalt; aber vor ihrer Haustür, in dieser Stadt, bleiben sie ein weiteres Mal tatenlos.

Wir nicht!

Als kleinen Beitrag gegen die menschenverachtende hetze von Rep und DVU haben wir vor drei Wochen vom Hof des Rep-Mitgliedes Grothkopp über 120 Wahltafeln und hunderte von Plakaten stibitzt. Da wir mit dem braunen Dreck nicht die Umwelt verschandeln wollen, haben wir ihn - bereits zerkleinert - heute im Kieler Rathaus abgegeben.

Kieler Antifaschistinnen und Antifaschisten , Kiel 31.März 1992

Brauner Dreck im Rathaus

Pressemitteilung und offener Brief

Stellungnahme der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - VVN - Bund der Antifaschisten, Landesverband Schleswig-Holstein zum Ausgang der Landtagswahlen 1992 in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen 1992 in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein hatten ein wahrhaft alarmierendes Ergebnis für alle demokratisch empfindenden Bürgerinnen und Bürger.

Eingeheizt durch eine von der CDU angefangene Asyldebatte nach dem Motto „das Boot ist voll", „Asylantenschwemme", „Scheinasylanten", „Wirtschaftsflüchtlinge" und dergleichen, wurde offensichtlich vielen Menschen quer durch alle Bevölkerungsschichten suggeriert, Ausländer und Flüchtlinge hätten die Schuld an Wohnungsnot, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau usw.

Unterstützt wurde diese Politik durch die Haltung vieler sozialdemokratischer Politiker, die Übereinstimmung mit der CDU signalisierten und durch Maßnahmen wie beispielsweise den Zählappell der schleswig-holsteinischen Landesregierung, der ausländische Sozialhilfeempfänger der Betruges verdächtigte.

Das Entsetzen der großen Parteien über dieses Wahlergebnis ist pure Heuchelei. Spätestens seit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bremer Bürgerschaft haben sie gewußt, was auf diesem von ihnen geschaffenen Klima gedeiht und wie ein rechtsradikales Wählerspektrum hervorgerufen wird. Antifaschistische Organisationen und Initiativen machen seit vielen Jahren auf diese Gefahren aufmerksam.

Wir warnen nachdrücklich vor der Annahme, mit einer Änderung oder Ergänzung des Art.16, GG, würden bei künftigen Wahlen ähnliche Ergebnisse für die Rechtsradikalen ausgeschlossen. Solange nicht ein antifaschistisches solidarisches Klima in unserer Gesellschaft entsteht, solange nicht die Umverteilung von unten nach oben gestoppt wird, solange es nicht möglich ist, daß jeder nach seinen Vermögensverhältnissen eine Wohnung bekommt, solange sich weiter sozialer Sprengstoff vor allem in den neuen Bundesländern anhäuft, kann die neofaschistische Welle nicht gestoppt werden.

Wir Antifaschisten sind erschüttert, daß fast fünfzig Jahre nach dem Krieg Menschen in Deutschland wieder politischen Stammtischparolen nachlaufen und daß Widerstandskämpfer und ehemalige Verfolgte des Naziregimes wieder Angst haben müssen.

Wir sind besorgt darüber, von den großen Parteien zu hören, man müsse sich nun sachlich mit den Vertretern der neofaschistischen Parteien auseinandersetzen. Wir wollen nicht, daß Neofaschismus in der Gesellschaft und den Parlamenten zur Normalität wird. Erforderlich ist eine scharfe Abgrenzung von Neofaschisten aller Schattierungen und eine inhaltliche Auseinandersetzung um alle Probleme, die mit dem Emporkommen dieser Parteien verbunden sind.

Stattdessen müssen die antifaschistischen Traditionen in unserem Volk mehr Gewicht erhalten, d.h. die Verbrechen der Nazis dürfen nicht länger verharmlost werden, wie dieses in unserem Lande leider zur gesellschaftlichen Gepflogenheit geworden ist. Sachliche Auseinandersetzung mit Leuten, die offen rassistische Hetze betreiben, ist nicht das geeignete Mittel.

Wenn die Geschäftsordnung des Landtags nicht geändert wird, wird eine Vertreterin der DVU als Landtagsälteste die neue Sitzungsperiode eröffnen. Das ist eine Provokation für alle antifaschistisch und demokratisch gesinnten Menschen. Wir fordern daher alle Bürgerinnen und Bürger auf, am 5. Mai vor dem Landtag gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu demonstrieren.

Wedel, im April 1992

Wahl in Baden-Württemberg

Insgesamt 700.291 Menschen (14,2% aller abgegebenen Stimmen) haben am 05.04. bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg für rechtspopulistische und faschistischen Parteien (incl. ÖDP) gestimmt. Die REP haben mit 10,9% deutlich am meisten bekommen. Sie waren gerade dort erfolgreich, wo sie durch ihre Mitgliedschaft in den Kommunal- und Regionalvertretungen auf längere „Basisarbeit" und Verankerung im kommunalen Bereich aufbauen konnten.

Auffallend ist, daß das Gerede vom Protestwähler aus den sozial deklassierten Schichten und Regionen im reichen Bundesland Ba.-Wü. nur zu einem geringen Teil stimmt. Zwar sind die Erfolge von REP's u.a. auch bei den großstädtischen Wählern in sozial schwachen Milieus überdurchschnittlich, aber sehr viel sahnten die Faschisten insbesonders in den wohlhabenden „Speckgürteln" der Großstädte Ba.-Wü.'s und in kleinstädtischen und kleinbürgerlichen Milieus ab. So stimmten z.B. in Pforzheim, der Stadt mit dem höchsten Anteil an Millionären, 18,8% für die REP's. Im feine-Leute-Sadtteil Hohenwart waren es sogar 21,4%, obwohl die hier Wohnenden sicherlich keinen Grund haben aufgrund einer sozialen Benachteiligung aus Protest die REP's zu wählen. Wie schon bei früheren faschistischen Wahlerfolgen sind an der Wahlurne besonders Männer und unter 25jährige für die rechte Propaganda besonders anfällig (über 20% der Jungwählergruppe).

Vorläufig zusammenfassend läßt sich über diese Wahl behaupten, daß es den Faschisten gelungen ist, sozial sehr unterschiedliche Gruppen, quer zu den Klassen, Schichten und Milieus, mit einer Mischung aus Rassismus, nationalem Wohlstandschauvinismus, Politikverdrossenheit und dem Ausnützen sozialer Friktionen in einem erheblichen Ausmaß an sich zu binden. Dies macht Ansätze zu einer modernen, faschistischen „Volkspartei" mit Massencharakter und parlamentarischer Verankerung sichtbar.

Die Reaktionen der bürgerlichen Parteien und der sonstigen Öffentlichkeit auf dieses Wahlergebnis war, nach einem kurzen, entsetzten Aufschrei, in erster Linie davon geprägt, daß es nicht als ausländerfeindlich und erst recht nicht als rassistisch zu werten sei, sondern nur fehlgeleitete deutsche Sorgen dokumentiere. Die Position, tieferliegende Sorgen und Ängste der Bevölkerung „ernstzunehmen", um ihnen so den Boden zu entziehen, fördert aber geradezu das Anwachsen der Faschisten, auch weil es deren Themen gesellschaftsfähig macht.

Auf dem Programm steht (nicht erst seit dieser Wahl) nicht die gesellschaftliche Ächtung von Rassismus und Faschismus, sondern der weitere Abbau seiner angeblichen „Ursache", dem sowie kaum noch vorhandenen Recht auf Asyl für Flüchtlinge. So wird wohl zum 01.07.92 das neue von der Regierungskoalition zusammen mit der SPD erarbeitete Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren auf wenige Wochen in Kraft treten und die Rechte der Flüchtlinge auch ohne Grundgesetzänderung noch weiter einschränken.

Rep-Vordenker Rolf Schlierer

Wahlergebnisse Baden-Würtemmberg

	Landtagswahl 5.4.1992			Landtagswahl 20.3.1988			Bundestagswahl 2.12.1990	
Wahlberechtigte	7 140 591			6 972 330			7 121 831	
Abgeg. Stimmen	5 014 405			4 933 846			5 515 393	
Wahlbeteiligung	70,2%			71,8%			77,4%	
Gültige Stimmenn	4 947 903			4 878 062			5 439 352	
Partei	**Stimmen**	**%**	**Sitze**	**Stimmen**	**%**	**Sitze**	**Zweitstimmen**	**%**
CDU	1.959552	39,6	64	2.392:626	49,0	66	2.529.051	46,5
SPD	1.454.101	29,4	46	1.562.678	32,0	42	1.582.957	29,1
Die Republikaner	538.866	10,9	15	46.904	1,0	-	174.272	3,2
GRÜNE	467.674	9,5	13	383.099	7,9	10	311.680	5,7
FDP	291.108	5,9	8	285.932	5,9	7	667.272	12,3
ÖDP	93.584	1,9	-	69.823	1,4	-	49.915	0,9
NPD	44.399	0,9	-	101.889	2,1	-	31.738	0,6
Die Grauen	28698	0,6	-				53.901	1,0
PBC[1]	27.221	0,6						
Deutsche Liga	23.259	0,5	-					
Christliche Mitte	1.577	0,0	-				8.170	0,0
DKP	794	0,0	-	11.406	0,2	-		
Christliche Liga	644	0,0	-	6.651	0,1	-	14.996	0,3
Autofahrer Partei	559	0,0	-					
Nationale Offensive	183	0,0	-					
Einzelbewerber	15.648	0,3	-					

1) PBC = Partei Bibelfester Christen

„Zählappell" für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Am 2. März dieses Jahres ließ Günther Jansen, „Sozial"minister der Landesregierung und nach der Wahl zusätzlich zum stellvertretenden Ministerpräsidenten avanciert, in einer bundesweit bisher einmaligen Aktion sämtliche rund 11.000 AsylbewerberInnen, die in Schleswig-Holstein Sozialhilfe beziehen, zu einem sogenannten Zählappell antreten: Sie alle hatten an diesem Tag zwischen 14 und 16 Uhr bei den zuständigen Sozialämtern zu erscheinen, um sich das ihnen zustehende Geld auszahlen und sich registrieren zu lassen.

Flüchtlinge = BetrügerInnen?

Vorausgegangen war eine wochenlange Kampagne, mit der die Notwendigkeit einer solchen Aktion begründet werden sollte. In einer beispiellosen rassistischen Hetze wurde den AsylbewerberInnen im Lande unterstellt, eine „nicht unerhebliche Zahl" von ihnen betrüge den Staat und kassiere mehrfach Sozialhilfe, indem diese Menschen sich bei verschiedenen Sozialämtern unter falschen Namen hätten registrieren lassen. Offiziell verkündeter Anlaß des Zählappells war die Feststellung von fünfzig „Verdachtsfällen" bei einer Überprüfung der zentralen Asylbewerber-Kartei in Oelixdorf. Bei fünf dieser Fälle stand nach Angaben des Sozialministeriums der Mehrfachbezug fest. Jansen stellte im Vorfeld der Aktion sogar die Behauptung auf, daß 10% der AsylbewerberInnen die Sozialämter betrügen würden. Den Beweis für seine Vermutung blieb er jedoch schuldig.

Aufgrund einiger weniger festgestellter Einzelfälle sowie diffamierender Vermutungen wurde also eine ganze Gruppe von Menschen pauschal verdächtigt, StraftäterInnen zu sein. Wieder einmal waren es die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft, denen unterstellt wurde, durch unrechtmäßigen Leistungsbezug für soziale Probleme, leere Kassen der Kommunen usw. zumindest mitverantwortlich zu sein. Die Flüchtlinge als Ganzes wurden hier zu einer Gefahr für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates stilisiert. „Wenn es um öffentliche Gelder geht, muß man kontrollieren", warb Jansen um Verständnis für den Zählappell (zit. nach: KN 29.2.'92). Bei den deutschen SteuerzahlerInnen, von denen nach seriösen Schätzungen mindestens 70% die Finanzämter bescheißen, oder bei Betrieben, die Steuern in Millionenhöhe hinterziehen und sich auf vielerlei andere wirtschaftskriminelle Weise unrechtmäßig bereichern, kommt jedoch niemand auf die Idee, sie einer ähnlichen Aktion wie die Flüchtlinge zu unterziehen, obwohl es bei den Betrügereien deutscher TäterInnen um ungleich größere Summen geht. Als absurd würde auch der Einfall abgetan werden, z.B. alle Ärzte einer Überprüfung ihrer Patientenkarteien zu unterziehen, weil einige wenige unrechtmäßig Leistungen mit den Krankenkassen abgerechnet haben. In solchen Fällen gilt für die gesamte Gruppe zunächst das Prinzip der Unschuldsvermutung. Ermittelt wird nur in konkreten Verdachtsfällen. Bei den AsylbewerberInnen wurde dieses Prinzip umgekehrt. JedeR war zunächst verdächtig und mußte antreten. Dies macht den Zählappell zu einer diskriminierenden und rassistischen Maßnahme. Die Pauschalverdächtigungen im Vorfeld der Aktion führten dazu, daß sich in der Öffentlichkeit die Gleichung AsylbewerberInnen = BetrügerInnen festsetzte, daß bestehende Vorurteile gegen Flüchtlinge weiter verstärkt wurden.

Durchführung und Ergebnisse

Am festgesetzten Termin zeigte sich, daß viele der AsylbewerberInnen vorher nicht über den Zweck der Aktion informiert worden waren. Sie wußten nicht immer, was das Sozialamt von ihnen an diesem Tag wollte. Unabhängig von der grundsätzlichen Kritik am Zählappell ist dies ein skandalöses Vorgehen des Sozialministeriums und der Ämter. Viele Flüchtlinge waren im Vorfeld beunruhigt und unsicher. Dies ist nur zu verständlich, sind sie doch sonst auch häufig Schikanen ausgesetzt und werden in den Verwaltungen als Menschen zweiter Klasse behandelt, leben in ständiger Furcht vor Abschiebung. In mehreren Städten Schleswig-Holsteins nahmen verschiedene Organisationen von Deutschen und AusländerInnen den Tag zum Anlaß für Protestaktionen. In Kiel beteiligten sich u.a. Das Bündnis gegen Rassismus und Abschiebung sowie Avanti - Projekt undogmatische Linke. Mit Transparenten und Flugblättern wurden PassantInnen am Sozialamt auf den menschenverachtenden Charakter des Zählappells aufmerksam gemacht, Flüchtlinge wurden mit Kaffee und Kuchen versorgt. Es zeigte sich an diesem Nachmittag, daß es unter diesen verschiedene Meinungen zum Zählappell gab: Von einem Teil wurde er als rassistisch abgelehnt, von einem anderen wurde die Maßnahme verständnisvoll betrachtet oder sogar begrüßt. Letzterer erhoffte sich wohl ein besseres Ansehen als „ehrliche und anständige" Flüchtlinge, wenn der vermeintliche Sozialhilfemißbrauch abgestellt werden und die „schwarzen Schafe" bestraft würden.

Am 3. und 4. März wurden erste Ergebnisse des Zählappells vorgelegt: In Kiel waren nur zwanzig Haushalte nicht auf dem Sozialamt erschienen, landesweit handelte es sich um 1095 oder rund 9,5% der AsylbewerberInnen. Daraus läßt sich jedoch nicht schließen, daß diese auch die Sozialämter betrügen. Viele andere mögliche Gründe wie Krankheit, Angst vor Abschiebung, Uninformiertheit oder ähnliches können für das Nichterscheinen verantwortlich sein. Einzelheiten sollten weitere Nachforschungen ergeben. Nach diesen ersten Veröffentlichungen gelangten jedoch keine weiteren Zahlen in die Öffentlichkeit. Nur auf Nachfragen in den zuständigen Ämtern wurden weitere Einzelheiten bekannt: In Elmshorn wurden zunächst 18 von knapp 400 AsylbewerberInnen als fehlend gemeldet. Auf Anfrage einer Gruppe, die in der Flüchtlingsarbeit aktiv ist, stellte sich später heraus, daß 13 dieser „Fälle" geklärt worden wären und daß nach Einschätzung des Sozialamts von den verbliebenen fünf „Verdächtigen" sicher auch noch ein paar ganz normale Gründe für ihr Fehlen geltend machen könnten. Ähnlich verhält es sich in anderen Städten. Es stellt sich jedoch kein Verantwortlicher hin und gibt seinem Bedauern über diese Aktion und die pauschalen Verdächtigungen Ausdruck. Jansen hat seine Behauptung, daß 10% der Flüchtlinge Betrüger seien bis heute nicht öffentlich zurückgenommen,

Nein zum rassistischen Zählappell

obwohl sie sich inzwischen aufgrund des Zahlenmaterials als unhaltbar erweist. Eine Entschuldigung an die Adresse der AsylbewerberInnen wäre das Mindeste, was jetzt von den Verantwortlichen zu leisten wäre.

Inzwischen hat es auch eine Landeskonferenz der SozialamtsleiterInnen Schleswig-Holsteins gegeben. Diese waren sich weitgehend einig, daß der Zählappell ein Flop war. Einigkeit bestand auch darin, eine solche Aktion nicht wiederholen zu wollen. So ist der ursprünglich zweite Termin für einen Zählappell inzwischen auch sang- und klanglos gekippt worden.

Spielt den faschistischen Parteien in die Hände: Minister Jansen

Rassismus im Wahlkampf...

Daß der Zählappell nur wenige Wochen vor der Landtagswahl stattfand, war kein Zufall. Zwar hat Jansen versucht, den Eindruck zu verhindern, hier werde auf Stimmengewinne spekuliert indem er z.B. einen zweiten Zähltermin, der ursprünglich für den 30. März angesetzt war, auf einen unbestimmten Zeitpunkt nach den Wahlen verschieben ließ (inzwischen ist er vollkommen gestrichen), dennoch ist deutlich, daß sich die SPD mit harter Asylpolitik im Wahlkampf zu profilieren versuchte. Vorbei die Zeiten, als vor den Landtagswahlen 1988 noch die Auflösung aller Sammellager, die Barauszahlung von Sozialhilfe und andere humane Forderungen in der Asylpolitik von der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie aufgestellt wurden. Inzwischen ist diese zur Vorreiterin einer rassistischen Flüchtlingspolitik geworden: Initiatorin der Asylverfahrensbeschleunigung, kompromißlos gegen die Norderstedter KirchenbesetzerInnen, ohne Beispiel beim Zählappell. Populistisch wurden und werden bestehende Ressentiments und Vorurteile gegen AusländerInnen aus der Bevölkerung aufgenommen und in die Politik integriert. In einer Zeit, in der Überfälle auf Flüchtlingsheime und Angriffe von Stiefelnazis auf AusländerInnen schon fast zur deutschen Normalität geworden sind, sollten sich die PolitikerInnen jedoch nicht nur von solchen Ausbrüchen rassistischer Gewalt distanzieren, sondern auch aktiv „jeder Form von Diskriminierung und Stigmatisierung entschlossen entgegentreten" (Beschluß des Rats der Stadt Kiel). Diesen Beschluß umzusetzen heißt auch und gerade, sich Sondergesetzen für AusländerInnen zu verweigern, Vorurteilen gegenüber AsylbewerberInnen entgegenzutreten und rassistische Aktionen wie den Zählappell zu verhindern. Andernfalls ist ein solcher Beschluß lediglich ein billiges Lippenbekenntnis.

...und seine Folgen

Die Folgen des Versuchs, mit der menschenverachtenden Aktion des Zählappells WählerInnenstimmen zu gewinnen, sind bekannt: In Schleswig-Holstein haben über 6% der Wählerinnen (fast einhunderttausend!) ihre Stimmen der offen faschistischen DVU gegeben. Sie hat im Wahlkampf durch besonders volksverhetzende Propaganda gegen AusländerInnen und Flüchtlinge auf sich aufmerksam gemacht.

Die bürgerlichen Parteien insgesamt (nicht nur die SPD) haben mit ihrer AusländerInnen- und Flüchtlingspolitik den Boden für diese Partei, die „Republikaner" und andere FaschistInnen bereitet. Die ständigen Behauptungen vom „vollen Boot", von „Schein- und Wirtschaftsasylanten", vom „Asylbetrug", vom „Ausländerproblem" usw. haben Rassismus wieder gesellschaftsfähig gemacht.

Der Zählappell reiht sich nahtlos in diese Reihe der Behauptungen sowie asyl- und ausländerpolitischen Maßnahmen wie z.B. neues Ausländergesetz und Asylverfahrensbeschleunigung ein. Die Rechnung der etablierten Parteien geht jedoch nicht auf: Viele Menschen trauen ihnen nicht zu, die angeblichen Probleme, die sich teilweise erst durch deren ständige Beschwörung in den Köpfen der Öffentlichkeit festgesetzt haben, zu „lösen". Immer mehr Menschen wenden sich bei Wahlen rechtsextremen Parteien zu, da diese ihnen einfache „Lösungen" versprechen, an die die bürgerlichen Parteien sich (noch) nicht herantrauen. Verfolgt man die Debatten in den Wochen nach den Landtagswahlen, so drängt sich der fatale Eindruck auf, daß die PolitikerInnen von SPD bis CDU diesen Mechanismus immer noch nicht begriffen haben, sondern ihr Heil in einer weiteren Verschärfung der Politik gegen Flüchtlinge suchen. Auch VertreterInnen der Grünen wie etwa Cohn-Bendit springen vermehrt auf diesen Zug auf. Der offen gwalttätige Rassismus wird so weiter angestachelt.

J.B.

PostzustellerInnen gegen Rassismus

Nach der Europawahl 1989 und dem Wahlkampf in Bremen im Herbst des Vorjahres war es nicht schwer, auch für Schleswig-Holstein die breite Verteilung rassistischer Postwurfsendungen zu erwarten. Kieler PostzustellerInnen haben daher den unten abgedruckten Brief an Schwarz-Schilling verfasst. Mit Schreiben vom 16.4.1992 antwortete dessen Staatssekretär Frerich Görts. Er beruft sich bei der Entscheidung, die DVU-Hetzsendungen von der Bundespost verbreiten zu lassen, darauf, daß diese nicht gegen strafrechtliche Bestimmungen verstießen. Kommentar überflüssig.

Offener Brief

An das
Bundesministerium für Post und Telekommunikation
z.Hd. Herrn Schwarz-Schilling
5300 Bonn

Sehr geehrter Herr Schwarz-Schilling,

in diesem Jahr mußten wir BriefzustellerInnen wieder Flugblätter (Postwurfsendungen) der rechtsextremen und verfassungsfeindlichen DVU verteilen.
Gerade in letzter Zeit ist es immer wieder zu rassistischen Übergriffen gekommen, einige Menschen wurden sogar ermordet.
In den Wurfsendungen der DVU wird versucht, Haß gegen die Roma, Sinti und gegen Ausländer zu schüren.
Damit verstoßen die DVU-Wurfsendungen gegen bestehendes Völkerrecht.
UNESCO-Rassendeklaration vom 27.11. 1978:
Artikel 4 (3): Methoden und Praktiken der Rassendiskriminierung stellen Verbrechen gegen das Gewissen und die Würde des Menschen dar.
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (UNO-7.3. 1966)
Artikel 2 (1): Die Vertragsstaaten verurteilen die Rassendiskriminierung und verpflichten sich, mit allen geeigneten Mitteln unverzüglich eine Politik der Beseitigung der Rassendiskriminierung in jeder Form und der Förderung des Verständnisses unter allen Rassen zu verfolgen. Zu diesem Zweck a) verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, Handlungen oder Praktiken der Rassendiskriminierung gegenüber Personen, Personengruppen oder Einrichtungen zu unterlassen und dafür zu sorgen, daß alle staatlichen und örtlichen Behörden und öffentliche Einrichtungen im Einklang mit dieser Verpflichtung handeln, b) verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, eine Rassendiskriminierung durch Personen oder Organisationen weder zu fördern noch zu schützen noch zu unterstützen.

Kieler PostuzustellerInnen: Von ihrem Dienstherren zur Verteilung solch volksverhetzender Flugblätter gezwungen

Wir mußten bei unserer Einstellung in den öffentlichen Dienst deutlich machen, daß wir jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten. Dies ist nicht möglich, wenn wir von der Post zum Verteilen von Flugblättern verfassungsfeindlicher Organisationen gezwungen werden.
Eine öffentliche Institution wie der NDR sagt aus rechtlichen und moralischen Gründen -NEIN- zu Wahlspots der DVU, weil er um seinen guten Ruf besorgt ist. Sorgen Sie bitte dafür, daß der Ruf Ihrer MitarbeiterInnen nicht noch mehr Schaden nimmt. Vielen von uns kommt die Verteilung von DVU-Wurfsendungen einem Spießrutenlauf gleich. Sie wurden während der Zustellung beschimpft und bedroht.
Die rechtsextremen Organisationen sind zu feige, ihre Wahlpropaganda selbst zu verteilen, weil sie eine Auseinandersetzung mit der Bevölkerung scheuen. Aufgrund der zur Zeit herrschenden pogromartigen Stimmung gegen AusländerInnen und Menschen anderer Hautfarbe ist es für uns eine unerträgliche Gewissensbelastung, derartige Wurfsendungen zuzustellen.
Wir fordern Sie auf, dafür zu sorgen, daß Sendungen mit ausländerfeindlichem Inhalt von der Postbeförderung ausgeschlossen werden.

Arbeitgruppe Postboten/innen gegen ausländerfeindliche Wurfsendungen
Postgewerkschaft Kiel
Postfach 1000
2300 Kiel 1

unterschrieben von 78 Zustellerinnen und Zustellern

Mieten hochtreiben und Angststimmen sammeln

Der Chef der rechtsextremen Deutschen Volksunion, Gerhard Frey, besitzt allein in Berlin mehr als 20 Häuser/ Die BewohnerInnen klagen über explodierende Mieten/ Vor allem kleine Gewerbetreibende leiden unter der Profitgier des Multimillionärs/ Er selbst lebt in einer gepanzerten Villa in München

Er verkauft rechtsextreme Literatur, vertreibt nationalsozialistisch angehauchte Schallplatten und Videos, bietet deutschtümelnde Fahnen, Anstecknadeln und Medaillen feil. Gerhard Frey, Vorsitzender der vom Verfassungsschutz observierten „Deutschen Volksunion", kontrolliert zudem auflagenstarke rechtsextreme Zeitungen. Seine braunen Gazetten - die „Deutsche National-Zeitung" und die „Deutsche Wochenzeitung" - erscheinen hierzulande in einer Gesamtauflage von 150.000 Exemplaren. Doch der 59-jährige Multimillionär handelt nicht nur mit Nazi-Kitsch. Gerhard Frey verdient auch an der Wohnungsnot. Allein in Berlin besitzt er mindestens 20 Häuser, in denen Dutzende von Mietparteien leben.

Miethai Frey

Freys Engagement auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist nicht gerade dazu angetan, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Immer mehr Menschen, die in seinen Häusern wohnen oder dort Gaststätten oder Geschäfte haben, klagen über horrende Mieten und unverschämte Gewerbepachtverträge. Gewerbemieten sind in Berlin frei verhandelbar, und seit kurzem können auch Wohnungsmieten - durch den Wegfall der sogenannten Kappungsgrenze - leichter erhöht werden als früher. Die Metropole Berlin wird mehr und mehr zum Eldorado von Miethaien und Spekulanten; und Gerhard Frey, dessen Partei in Schleswig-Holstein durch Sozialneid-Parolen und rassistische Hetze in das Landesparlament einzog, mischt kräftig mit.

Der 23jährige Drucker Carsten K. gehörte Anfang des Jahres zu den vielen jungen BerlinerInnen, die dringend eine kleine Wohnung suchten. Im März fand er über ein Maklerbüro eine 66 Quadratmeter große Wohnung in Charlottenburg. Der Eigentümer: Gerhard Frey, vertreten durch seine Frau Regine. Die Kaltmiete für die Zweizimmerwohnung betrug stolze 895 Mark. Carsten K. unterschrieb trotzdem - weil er froh war, überhaupt etwas gefunden zu haben. Wenig später erfuhr er, daß seine Vormieterin nur etwa 300 Mark bezahlt hatte. Zwar hatten die Freys eine Heizung einbauen lassen. Eine Verdreifachung der Miete sei aber trotz dieser Modernisierung „kaum zu vertreten", erklärte der Mitarbeiter einer Berliner Mieterberatungsstelle auf Anfrage. Carsten K. will nun eine Klage wegen Mietwucher anstrengen. „Mehr als 600 Mark kann der für die Bude nicht nehmen!" glaubt auch Bernd Weber, der ehemalige Eigentümer des Hauses in der Brahestraße 38. Der Klempner und Installateurmeister verkaufte das Gebäude vor einigen Jahren, im Herbst 1990 wechselte die in den zwanziger Jahren erbaute Immobilie erneut den Besitzer. Neuer Eigentümer: Gerhard Frey, vertreten durch Regine Frey.

Auch Weber, der bis heute seine Büroräume in der Brahestraße 38 hat, ist auf Frey nicht besonders gut zu sprechen. „Der versucht Geld zu machen, wo er nur kann. Um die Mieter kümmert er sich gar nicht - nur wenn`s darum geht, denen die Kohle aus der Tasche zu ziehen."

Weber hatte nach dem Verkauf seines Hauses einen Vertrag, der ihm für 3.000 Mark monatlich zehn Jahre lang die Nutzung der Büroräume und von Abstellflächen auf dem Hof zusicherte. Familie Frey interessierte das nicht: Sie setzten ihm ein Ultimatum, wollten statt 3.000 Mark 6.000 Mark kassieren. Weber ließ sich nicht einschüchtern und ging vor Gericht. Er bekam in allen Punkten recht. „Viele wissen leider nicht, was ihre Rechte sind!" bedauert Weber. Seit die Mieterinnen und Mieter wissen, wer der neue Hausbesitzer ist, haben sie engen Kontakt miteinander. So wird manche Trickserei entlarvt. Die Auswechselung eines kaputten Fensters gab das Büro Frey als „Wertverbesserung" aus, die Investition sollte sofort auf die Miete draufgeschlagen werden. „Das war eine ganz normale Instandhaltungsmaßnahme, mehr nicht!" weiß Bernd Weber. Auch hier handelten Freys nach der Vermieterweisheit: Erst mal fordern, dann mal gucken, ob was kommt.

Biedermann und Brandstifter

Ein wichtiger Grund für den Erfolg der rechtsradikalen Parteien ist die Angst in der Bevölkerung vor sozialem Abstieg; vor Arbeitslosigkeit und unbezahlbaren Mieten. Von dieser Zukunftsangst hat auch die DVU in Schleswig-Holstein pro

fitiert. Gerhard Frey kassiert gleich doppelt: Der Unternehmer treibt die Mieten in die Höhe, der Politiker erntet die Stimmen kleiner Leute, die gegen solchen Wucher protestieren wollen.

Er selbst kennt ihre Sorgen nicht. Frey wohnt im Münchner Gute-Leute-Viertel Pasing, residiert dort in der größten Villa der Gegend. Aus Angst vor Anschlägen hat er sein Zuhause zu einer Festung ausgebaut: Hinter dem schweren, meterhohen Eisenzaun seines Grundstücks wacht ein deutscher Schäferhund, das Gelände ist außerdem elektronisch gesichert. Ein Pförtnerhäuschen ist mit kugelsicheren Scheiben ausgestattet; die Eingangstür der Villa besteht aus Stahl. Besuch empfängt Frey nur in seinem Arbeitszimmer, die übrigen Räume des zweistöckigen Hauses in der Paosostraße sind für Fremde tabu.

Auch Hans-Joachim Rothe, Besitzer eines kleinen Sportgeschäftes in Neukölln, gehört zu den Frey-geschädigten Kleinunternehmern Berlins. Über 40 Jahre lang führte seine Familie einen Laden in der Hermannstraße 63 - bis Frey das Haus Anfang der achtziger Jahre kaufte. Wenige Monate nach dem Besitzerwechsel wurde Rothes Miete mehr als verdoppelt - von 3.400 auf 7.500 Mark. Das konnte er sich nicht leisten und zog um.

Die Tapeten fielen von den Wänden

Doch Frey vertrieb nicht nur ihn. „Die Leute, die damals in dem Haus wohnten, leben heute alle woanders!" weiß Rothe. Ein regelrechtes „Entmietungsprogramm" habe damals stattgefunden: Bautrupps zogen in das Haus, obwohl noch Mieter darin wohnten. Der Lärm sei unerträglich gewesen, erinnert sich Rothe. „Die Arbeiter rissen die Außentoiletten auf dem Flur ab - einige Mieter konnten deshalb zu Hause nicht mehr aufs Klo." Auch das Wasser wurde abgedreht. Während im Haus saniert wurde, wurde sich um verstopfte Dachrinnen merkwürdigerweise nicht gekümmert - obwohl die MieterInnen mehrfach darauf hingewiesen hatten. Resultat: „In der Wohnung einer Frau wurden die Wände feucht, weil das Wasser die Hauswand runterlief. Irgendwann kamen die Tapeten runter, das hab ich selbst gesehen!" erinnert sich Rothe. „Ich werde bis heute den Eindruck nicht los, daß die uns vertreiben wollten, um hinterher höhere Mieten zu kassieren!"

Die taz hat sich eine ganze Reihe von Frey-Häusern in Berlin angeguckt. Besonders auffällig: Ausländische Namen finden sich nicht an den Klingelschildern. Vor kurzem erwarb Frey ein Eckhaus in der Kreuzberger Urbanstraße. Im Parterre betreibt der 47jährige Türke Ziya Topal einen Imbiß und eine Kneipe. Topal zahlte bisher 2.800 Mark Miete für beide Läden - bis Frey kam. Nun soll Topal 5.300 Mark hinlegen. Topal: „Das kann ich kaum bezahlen. Meine Kunden trinken vor allem Tee und Kaffee, da kommt nicht viel Geld rein!" Topals Mietvertrag galt nur bis Ende März 1992. Obwohl der seit 20 Jahren in Berlin lebende Türke bereit ist, die hohe Summe zukünftig zu überweisen, will Frey ihn als Mieter nicht weiter dulden. „Kein Verhandlungsinteresse!" hieß es dazu kurz und knapp im Münchner Büro. Bisher waren Topals Jahresverträge immer problemlos verlängert worden. Deshalb investierte er im vergangenen Jahr 60.000 Mark in Imbiß und Kneipe. „Das Geld ist jetzt futsch!" ärgert er sich.

Ruft man bei Freys Kontaktmann in Berlin - einem Herrn Thiele an - um ihn zu den Fällen zu befragen, meldet sich nur ein Anrufbeantworter. Ein Reporter der ARD-Sendung „Kontraste", der Thiele zufällig an die Strippe bekam, hörte nur zwei Worte: „Kein Kommentar!"

(nach: taz 9.5.92)

Meldungen

WAFFEN-SS-Treffen geplatzt

In ihrer März-Ausgabe hatte die internationale antifaschistische Zeitschrift Searchlight einen Spezialbericht über das „Kameradenwerk Korps Steiner" veröffentlicht, das als Bestandteil der HIAG als Waffen-SS-Nachfolgeorganisation sein Unwesen treibt.

Es wurde 1966 von dem SS-General Felix Steiner gegründet und rekrutiert die in ganz Europa aktiven Mitglieder aus den Reihen der ehemaligen multinationalen SS-Divisionen Wiking, Nordland und Germania. Eines der letzten regelmäßig stattfindenden Treffen des Kameradenwerks fand am 17. November 1991 in Halbe statt, wo man sich mit einer großen Zahl Neonazis aus Anlaß des Volkstrauertages traf. Dem Searchlight-Bericht zufolge sollte das diesjährige Treffen des „Kameradenwerk Korps Steiner" in Neukirchen/SH stattfinden. Schnell hatten AntifaschistInnen herausgefunden, welches der drei in Schleswig-Holstein gelegenen Neukirchen der geplante Veranstaltungsort sein sollte. Nachdem norwegische und dänische Medien sich des geplanten Treffens angenommen und der Wirt des Hotels auf Druck der örtlichen SPD von dem Treffen nichts mehr wissen wollte, blieb dem Organisator und Chef des „Kameradenwerk Korps Steiner", dem ehemaligen SS-Offizier Kurt Meyer, nur noch übrig das Treffen abzusagen.

Deutsche und dänische AntifaschistInnen nutzten die Gelegenheit dennoch, um im dänischen Sonderburg, das als Ausflugsziel der alten Nazis vorgesehen war, Flugblätter zu verteilen.

Kurt Meyer (Mitte)

„Rock gegen Rechts“ in Preetz voller Erfolg

Weit über 400 Leute aus Preetz und dem Kreis Plön besuchten das große „Rock gegen rechts“-Festival der „Preetzer Jugend-Antifa“ Ende April in der Friedrich-Ebert-Halle. Die Durchführung lag in den Händen junger AntifaschistInnen und klappte ausgezeichnet; Unterstützung kam u.a. vom Frauenhaus Plön, vom Mädchentreff Preetz, der DGB-Jugend, AVANTI - Projekt Undogmatische Linke, den GRÜNEN Plön und einigen sozialdemokratischen Verbänden. Kieler AntifaschistInnen beteiligten sich am Schutz der Veranstaltung. Zu irgendwelchen Pöbeleien oder Angriffen rassistischer Jugendlicher kam es nicht. So konnte das Programm der fünf Bands cool abschwingen.

Fähren für Fans gesperrt

Zwei Fährlinien haben ihre Schiffe für den Transport von Fußballfans zur Europameisterschaft in Schweden gesperrt. Die schwedische TT-Linie, deren Fähren zwischen Trelleborg und Travemünde verkehren, will im deutschen Hafen keine Busse mit deutschen Fans an Bord nehmen; ebenso verfährt die Danish Scandinavian Seaways auf ihrer Strecke zwischen England und Göteborg bzgl. englischer Fans. Die schwedische Polizei befürchtet derweil für die am 10. Juni beginnenden Spiele Randale und rüstet auf; so wird bspw. das komplette Wohnviertel rund um Schwedens Nationalstadion mit zweitausend AnwohnerInnen während der Spieltage hermetisch abgeriegelt. Ein eigens dafür errichteter Bauzaun, durch den nur BesucherInnen mit Eintrittskarte oder AnwohnerInnen mit Sonderausweis gelangen können, soll verhindern, daß sich Hools ohne Karte vor dem Stadion versammeln können. Auch eine umfangreiche Hooligan-Kartei befindet sich im Aufbau.

DIA-Vortrag „Neofaschismus in Schleswig-Holstein“

In mehreren Städten Schleswig-Holsteins sahen über 250 Leute in den Wochen vor der Wahl den von *AVANTI - Projekt Undogmatische Linke* hergestellten DIA-Vortrag über die neofaschistische Szene in Schleswig-Holstein. Der Vortrag wendet sich gegen die zu beobachtende Entpolitisierung und Verharmlosung des rassistischen Terrors, der nur all zu oft als „Dummer-Jungen-Streich“ dargestellt wird. Verschiedene Strömungen des neofaschistischen Netzes in Schleswig-Holstein werden ebenso vorgestellt wie eine Palette von möglichen Gegenmaßnahmen.

Der DIA-Vortrag setzt keine großen Vorkenntnisse voraus; zur genaueren Auseinandersetzung gibt es ein Beiheft. AVANTI zeigt den DIA-Vortrag gerne in Schulen, bei Gewerkschaften oder in Zusammenarbeit mit Antifa-Initiativen.

Bei Interesse wendet Euch bitte an: AVANTI c/o AKZENT, Fleischhauerstr. 32, 2400 Lübeck.

Achtung: In dem als umfangreiches Begleitheft zum DIA-Vortrag herausgegebenen AVANTI-Script Nr. 3 (Bezug über die Kontaktadresse) ist im Abschnitt über den BDU (Seite 10) eine längere sinnentstellende Passage enthalten. Eine korrigierte Seite kann bei der obigen Anschrift bezogen werden.

Avanti* Projekt Undogmatische Linke

SCRIPT

Nr. 3 · April 1992 · 3,- DM

Neofaschismus in Schleswig-Holstein.

Dieses SCRIPT erscheint als Ergänzung zu unserem DIA-Vortrag "NEOFASCHISMUS in Schleswig-Holstein". Während jener einen sehr groben Überblick gibt, soll dieses Heft gerade denjenigen, die zu diesem Thema politisch tätig werden wollen, eine erste Einschätzung der in Schleswig-Holstein tätigen Gruppen erleichtern.

Anschlag in Bornhöved

Eine Unterkunft von Obdachlosen und AsylbewerberInnen wurde Anfang April mehrfach Ziel rassistischer Aktionen. Dabei wurde nicht nur massiv gedroht („Ausländer raus!“), sondern auch mit Luftdruckpistolen Fenster zerschossen. Die BewohnerInnen griffen daraufhin zum Selbstschutz und schoben Wache. Bei der Polizei laufen die Angriffe hingegen lediglich als „Standardfall“.

Polizei nimmt vier junge Neofaschisten fest

Mitte April hat die Norderstedter Polizei vier junge Neofaschisten im Alter von 17 bis 18 Jahren festgenommen, die seit Anfang Februar EinwanderInnen-Familien terrorisierten. Rassistische Schmierereien und Telefonterror waren der Beginn, es folgten Holzkreuze bis zur Größe von 1,80 m - nach Art der rassistischen Terrororganisation Ku-Klux-Klan in den Gärten errichtet und dann angezündet. Schließlich wurden auch Molotov-Cocktails geworfen. Nach Angaben der Polizei sind die Täter geständig, zeigten aber wenig Reue.

Will: Men, Women and Rape") wieder. Schwarze Männer werden hier nicht als Männer angegriffen, sondern als Farbige. Aus diesem Grund sind die Analysen rassistisch.

Schwarze Frauen blieben der feministischen Bewegung fern, weil diese sich so indifferent gegenüber diesem Rassismus verhielten. Sie taten es sicher nicht, weil sie dieses Thema nichts anging. Vergewaltigung diente hundert Jahre lang weißen Sklavenhaltern zur Erhaltung der Macht, weiße Frauen verweigerten ihren „Schwestern" damals ihre Unterstützung. Vergewaltigung war für die Sklavinnen immer gekoppelt mit der ökonomischen Macht der Weißen: diese gab dem Sklavenhalter automatisch das Recht auf Geschlechtsverkehr. Dieses Verhältnis war der direkte Ausdruck davon, daß Weiße die gesamte Persönlichkeit für ihre Zwecke beanspruchten. Diese sexuelle „Verfügbarkeit" konnte natürlich auch für die Stellung der weißen Frauen nicht unbeeinträchtigend sein. Gleiches gilt für uns heute, wenn es um Sextourismus und Prostitution von Frauen aus armen Ländern geht.

Hausarbeit

In den 70er Jahren analysierten Feministinnen die Situation der weißen Mittelschichtsfrau und kamen zu dem Schluß, diese müsse sich von Langeweile und Abhängigkeit befreien. Für diese Gruppe von Frauen waren diese Schlußfolgerungen richtig und notwendig. Für die Mehrheit der Frauen dieser Erde jedoch irrelevant. Viele Frauen konnten Befreiung und Selbstfindung nur auf den Rücken anderer Frauen austragen: derjenigen, die nun für sie kochte, putzte und Kinder hütete. Das waren Arbeiterinnen und schwarze Frauen.

Für schwarze Frauen gab es diese Abhängigkeit vom männlichen Ernährer und Familienoberhaupt in diesem Sinne nicht. Sie sind gewohnt zuzupacken. Manche sehnen sich vielleicht sogar nach dem „Nurhausfraudasein". Dann hätten sie endlich Muße und Geld.

Durch diese andere Konstellation der Arbeitsteilung müßte eigentlich auch ein anderes Geschlechterverhältnis entstehen. Frauenforschung in dieser Richtung ist sicherlich spannend. Auch hier liefert Angela Davis interessante Aspekte: da die schwarze Frau traditionell gezwungen worden sei, ihre Arbeitskraft ebenso und ohne Unterschied einzusetzen, wie es von Männern verlangt wird, müsse das doch eigentlich zu einer anderen Identität, einem anderen Selbstbewußtsein führen. Fähigkeiten wurden entwickelt, die von der Weiblichkeitsideologie des 19. Jh. tabuisiert worden seien. In Sklavenhaushalten gab es diesen Status des Familienoberhauptes aufgrund der Arbeitsteilung nicht, deshalb wurde sogar von einigen Forschern angenommen, daß Sklavenhaushalte von einer matriarchalischen Struktur geprägt waren (da zudem die Sklavenkinder im Register meist unter dem Namen der Mutter aufgeführt waren).

Diese Einschätzung wird von A. Davis nicht geteilt,sie meint jedoch, daß es eigene Strukturen von Sklavenhaushalten gegeben hat, die jedoch sehr komplex seien.

Die Familie war für Sklaven von großer Bedeutung, weil dies der einzige Ort war, wo die schwarzen sich als Menschen erfuhren. Das gab der Stellung der schwarzen Frau eine besondere Wichtigkkeit. A. Davis schreibt: „In Gestalt der unendlichen Sorge für die Bedürfnisse der Männer und Kinder um sie herum...verrichtete sie gleichzeitig die einzige Arbeit in der Sklavengemeinschaft, auf die der Unterdrücker keinen direkten und unverzüglichen Anspruch hatte. Für die Arbeit auf dem Felde gab es keine Bezahlung; sie hatte für die Sklaven keinen nützlichen Zweck. Die Hausarbeit war für die gesamte Sklavengemeinschaft die einzig bedeutungsvolle Arbeit... Eben weil sie die Rolle des Aschenputtels spielte, in der sich lange die gesellschaftlich bedingte Minderwertigkeit der Frauen widerspiegelte, konnte die geknechtete schwarze Frau helfen, die Grundlage für eine gewisse Autonomie sowohl für sich selbst als auch für ihre Männer zu legen. Selbst durch ihre spezifische Unterdrückung als Frau wurde sie in das Zentrum der Sklavengemeinschaft gestoßen. Deshalb war sie so wichtig für das Überleben der Gemeinschaft"(S.21).

Ein Zimmer für sich allein oder - das private ist politisch

Christina Thürmer-Rohr fordert die Frauen auf, aus ihren Innenräumen herauszutreten und den Schritt in die Heimatlosigkeit zu machen. Für uns weiße Frauen ist es eine Entscheidung aus unserer Isolation herauszugehen und uns dem Leben und dem Ungewissen zu stellen. Für schwarze Frauen stellt sich diese Entscheidung nicht! Die Außenwelt ist Schwarzen feindlich gesinnt, fordert diese heraus und stellt deren Existenz in Frage. Das Problem schwarzer Frauen ist nicht, ignoriert zu werden - im Gegenteil. Die Wahrnehmung schwarzer Frauen durch weiße schwankt zwischen Unsichtbarkeit und extremer Sichtbarkeit. Deshalb ist für sie die Unterscheidung zwischen Öffenlichkeit und Privatheit uninteressant (weiße Frauen hatten das Konzept, die Öffentlichkeit mit der Privatheit zu konfrontieren). Der Schwerpunkt schwarzer Frauen lag deshalb von vorneherein auf Öffentlichkeit: „Feministische women of colour konzentrieren sich stattdessen auf öffentliche Belange wie Quotierungsmaßnahmen, Rassismus, Schulintegration, Gefängnisreform und Wählerregistration." (Hurtado 1989)

Für manche von uns weißen Deutschen ist es unverständlich, warum es Flüchtlingen und MigrantInnen so wichtig ist, das Wahlrecht zu erhalten. Wir glauben sowieso nicht an die Gewichtigkeit unserer Stimme oder sind gänzlich desinteressiert.

Was wir vergessen: wir haben immerhin das Privileg, die Entscheidung treffen zu können, nicht wählen zu gehen. Aus der Isolation herauszutreten heißt für weiße Frauen auch, sich mit anderen Frauen auszutauschen und gemeinsame Frauen-Räume zu erkämpfen. Auch mit diesem Konzept können viele Schwarze nichts anfangen: für sie ist der Kontakt und Austausch mit anderen Frauen selbstverständlich. Schwarze Frauen unter sich ist gesellschaftliche Realität. Für sie sind diese FrauenRäume jedoch die Isolation, sie wollen sich gerade in Männerbereiche einmischen können.

Fazit

Schwarze und weiße Frauen müssen ihre Konzepte des Feminismus und der Befreiung auf der Basis ihrer eigenen Erfahrung entwickeln. Nicht zulässig ist es - wie es weiße Feministinnen machen - diese Erfahrungen und Konzepte als allgemeingültig (Stichwort: Theoriebildung) herauszustellen. Frauen sind nicht nur Opfer. Wir müssen uns endlich vom Opferkonzept verabschieden.

In manchen Situationen sind Frauen Opfer, in anderen Täterinnen. Es gilt Verantwortung zu übernehmen in den Bereichen, wo für uns Handlungsfreiheit besteht. Feminismus kann sich nicht länger nur auf dem Opferstatus gründen. Schwesterlichkeit muß durch Interesse, Austausch und Solidarität erarbeitet werden!

K.

Lit.: beiträge zur feministischen theorie und praxis nr. 27

Angela Davis: „Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA"

Martha Mamozai: „Schwarze Frau, weiße Herrin" 1989

FrauenLesben Demo in der Walpurgis-Nacht

Wir sind in der Nacht vom 30.4. zum 1.5. 92 mit 40 bis 50 FrauenLesben johlend, pfeifend, singend, scherzend, wütend, brüllend, besenschwingend, lachend, trötend, böllernd und kichernd durch Kiel getobt.

Ca 1 Stunde lang konnten wir ungestört an uns wichtigen Stellen und sonst überall unsere Spuren hinterlassen. Wir haben am Faschobuchladen „Munier" am Dreiecksplatz an die Fensterjalousien gesprüht:

„Faschistenpack weg hier!"

„Wir erobern uns die Nacht zurück."

Dem Psychologen Flöttmann, der 2 Frauen vergewaltigt hat und am liebsten alle Feministinnen in die Klapse stecken würde, haben wir den Eingang zu seiner Praxis vollgesprüht:

„Vorsicht Machtmißbrauch"

„Achtung Sextäter"

„Schnipp-Schnapp Schwanz ab"

Am sonst ganz gut bewachten Sozialministerium:

„mehr Geld für ♀ ⚢ ♀♀♀"

„Frauen gegen Rassismus und Sexismus"

„Die Zeit arbeitet für die ♀ ⚢ "

„Vergewaltiger wir KRIEGen Euch" und ne schöne Doppelaxt. Außerdem überall viele schöne ♀ ⚢ ♀♀♀

Dann tauchten völlig wütend die Bullen auf und versuchten uns aufzuhalten. Nicht die Reaktion wie sonst: „Ach, nur ne Frauendemo, wie niedlich", sondern gleich ziemlich aggressiv.

Im Schwesterngang, ein zu-Fuß-Durchgang, in dem schon mehrere FrauenLesben Opfer von Männergewalt wurden, hatten wir unsere Ruhe vor den Bullen. Wir konnten uns sammeln und noch etwas sprühen. Als wir dann auf den Düsternbrooker Wall, eine ziemlich breite Straße Richtung Puff-Viertel zogen, waren die Bullen mit ca 5 Dienstwagen und mehreren Zivi-Autos wieder da. Sie forderten uns über Megafon auf, die Straße zu verlassen, ansonsten „wenden wir Gewalt an". -Da machen Frauen ne Demo gegen Männergewalt- und dann so was!!! Als wenn es systembedrohend wäre, wenn 40 FrauenLesben um Mitternacht mal ein bißchen den Straßenverkehr behindern— Auf jeden Fall wurde uns klar, daß die Bullen hier in Kiel mittlerweile hyperaggressiv auf selbstbewußte, laute FrauenLesben reagieren. Sie sind mit den Autos zwischen die FrauenLesben gefahren und haben uns kurz auseinandergebracht, sind dann raus aus den Autos und haben einzelne FrauenLesben teils gezielt teils wahllos rausgegriffen und sehr brutal versucht, sie in die Autos zu zerren. Wir wurden auf den Boden geworfen und an den Haaren gezerrt.

Nazi-"Buchhandlung am Dreiecksplatz" nach der Walpurgisnacht

Wir waren wild und wütend und geballt und haben alle FrauenLesben raus-gezogen, es geschafft, uns wieder zu sammeln und uns in den Schloßgarten zurückzuziehen. Dort haben wir schnell und gut beraten und entschieden, nicht mehr zu den Puffs sondern geschlossen und nicht unbedingt auf der Straße zurück zum Frauencafe Kassandra zu gehen. Da waren dann auch langsam die Füße müde und die Hälse heiser.

Insgesamt wars ne tolle Demo; mit FrauenLesben aus einem breiten Spektrum waren wir handlungsfähig, entscheidungsfreudig, kraftvoll und haben toll gesprüht und zusammen der Bullen-Männer-Gewalt getrotzt, was ne total gute Erfahrung war und uns hier im Norden ne menge FrauenLesbenPower gibt!!!

Faschistische Umtriebe in Rendsburg und Umgebung

Eine nicht vollständige Chronologie

In Rendsburg (RD) und Umgebung häufen sich im letzten halben Jahr zunehmend Übergriffe faschistischer Schlägergruppen auf ausländische Menschen, AntifaschistInnen, SchülerInnen und Menschen, die durch ihr Äußeres auffallen. Dieser Artikel ist der Versuch, den faschistischen Terror in RD und Umgebung öffentlich zu machen, den antifaschistischen Widerstand darzustellen und darüberhinaus Perspektiven anzudiskutieren.

Vorab eine unvollständige Auflistung des faschistischen und rassistischen Terrors der letzten Zeit:

- Ende September 1991: Faschisten greifen Büdelsdorfer Flüchtlingsheim mit Steinen an; ein behindertes Kind wird dabei verletzt.

- 19.10.91: Vier Menschen werden auf einer Büdelsdorfer Tankstelle von einem 20köpfigen Faschomob angegriffen. Einer der vier wird mit Begrenzungspfählen einer nahegelegenen Baustelle brutal zusammengeschlagen. Die herbeigerufene Polizei verhindert Schlimmeres, nimmt jedoch keinen der Faschisten fest!

- 19./20.11.91: Ca. 15 vermummte Faschisten greifen nachts eine Wohnung in Büdelsdorf an, in der sie einen Menschen der linken Szene vermuten, treffen den Betreffenden jedoch glücklicherweise nicht an.

- Ende Januar '92 vergewaltigen sechs rechtextreme Skinheads ein 15jähriges Mädchen über mehrere Stunden.

- Anfang Februar '92: Neonazis verletzen 17jährigen mit einem Gasrevolver am Auge; er mußte länger im Krankenhaus bleiben.

- 8.2.92: Aus einem Auto springen gegen Abend mehrere bewaffnete Neonazis und schlagen einen jungen Mann nähe Amtsgericht mit Baseballschlägern zusammen. Ein Taxifahrer kommt ihm zu Hilfe.

- In der Nacht vom 7. auf den 8.März stürmt eine größere Gruppe von faschistischen Skins mit Baseballschlägern bewaffnet eine Wohngemeinschaft des Jugenddorfes und verletzt einen 17jährigen schwer.

- Ein geplanter Angriff auf eine Party in der T-Stube am14.3.92 wird durch einen Polizeieinsatz verhindert.

Dies sind nur einige Beispiele von faschistischen Angriffen der letzten Zeit, eine vollständige Aufzählung würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Nichts zu vergessen sind die alltäglichen Pöbeleien und Drohungen gegen ausländische Menschen und Andersdenkende.

Das Unrecht hat einen Namen ...

Verantwortlich für den faschistischen Terror sind in erster Linie faschistische Skinheads und rechte Jugendliche aus Rendsburger Randgemeinden wie Fockbeck, Nübbel und Büdelsdorf (dort lebt eher eine gehobene Mittelschicht) und mittlerweile auch einige aus der Rendsburger Innenstadt. Im letzten halben Jahr ist ein verstärktes Zusammenkommen der verschiedenen Gruppen zu beobachten (bei Überfällen, Aufmärschen etc.), so daß Zusammenrottungen von 30-50 faschistischen Jugendlichen (incl. Auswärtige) keine Seltenheit mehr sind. Momentan ist es schwer, genaue Angaben über den Organisationsgrad der Faschisten zu machen. Fest steht jedoch, daß ein größerer Teil in der DVU organisiert ist, so werden Klebekolonnen für die DVU gestellt, teilweise DVU-Stellwände „geschützt" u.a. Zudem gibt es mittlerweile feste Kontakte zu Faschisten aus Heide („Die Wölfe" - militaristische Stiefelnazis), Kellinghusen, Lübeck und neuerdings auch zum Neonazitreff „Zum Kelten" in Itzehoe. Desweiteren tauchen in verschiedenen Stadtteilen Aufkleber der „FAP", der „JN", der „NF", der „Aktion deutscher Volkswille" („Deutsches Reich - Jetzt") aus Langen u.a. auf. Auch bestehen lockere Kontakte zum REP-Chef GÖRTZEN aus Westerröhnfeld.

Einige der Faschisten sind bei den verschiedensten, brutalen Gewalttaten gehäuft in Erscheinung getreten, u.a. Holger POTSCHKO aus Fockbek, Frank DREVES aus Büdelsdorf, Ferdinand BREDHAUER aus Schacht-Audorf, Timo POLZIEN aus Fockbek (aus POTSCHKOs Auto heraus wurden schon mehrmals Menschen gezielt angegriffen und verletzt). Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich die Faschisten in den letzten Monaten in einer Phase der organisatorischen Formierung befinden, wobei klar sein dürfte, daß diese Formierung auf das Festigen einer militanten Neonaziszene hinausläuft.

Antifaschistischer Widerstand

Die Faschisten haben in RD mit einem sich zusehends entwickelnden antifaschistischen Widerstand zu rechnen. Die schon mehrere Jahre arbeitende Antifa-Gruppe hat regen Zulauf, speziell auch von betroffenen SchülerInnen. Die antifaschistische Arbeit konnte sich durch Antifa-AG's an verschiedenen Schulen auf größere Teile der SchülerInnenschaft ausdehnen und so ein wichtiges Rekrutierungsfeld der Faschisten zumindest eindämmen. Ein erstes Produkt dieser Arbeit ist die AntifaZ - antifaschistische Zeitung der AG's. Das seit Februar '92 eingerichtete antifaschistische Cafe (jeden Mittwoch von 15 bis 19 Uhr) in der T-Stube, Stadtpark, entwickelt sich verstärkt zum Anlauf- und Austauschpunkt von AntifaschistInnen. Verschiedene Veranstaltungen (zu Fluchtursachen, rassistischem Asyl- und AusländerInnenrecht, Neofaschismus in SH usw.) wurden in den letzten Monaten durchgeführt.

Gerade zur Landtagswahl entfaltete die Antifa-RD verschiedene Aktivitäten: Regelmäßige Büchertische in der Innenstadt, Flugblattaktionen, eine Veranstaltung und das Verteilen von 12 000 Flugbättern des „Nordregionalen Antifa-Bündnisses" in RD und Umgebung (drei Faschisten, die in Fockbeck zwei verteilende Antifas angreifen wollten, wurden von den Antifas sehr deutlich darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Versuch für sie sehr unangenehm enden würde, da verzogen sich die„stolzen Deutschen" Hals über Kopf!). Zudem fand am 4.4.92 in RD/Büdelsdorf eine antifaschistische Demo gegen den Nazi-Terror und unter dem Motto „Keine Stimme dem Faschismus" sowie ein Rock gegen Rechts in der T-Stube statt (Bericht

über die Demo folgt später).

Ein weiterer Teil der antifaschistischen Arbeit in RD ist, daß viele dem faschistischen Terror auch auf der Straße etwas entgegensetzen wollen. So wurden nach Übergriffen von Fascho-Skins am Bahnhof drei bekannte Nazi-Schläger massiv angeriffen und ihr Auto erheblich beschädigt. Verschiedentlich ist es gelungen, durch die Stadt ziehende Skins zu entwaffnen. Dem Nazi-Terror wird in RD auch auf der direkten Ebene entschlossener Widerstand entgegengesetzt, die Straße wird ihnen nicht klammheimlich überlassen!

Trotz des sich durchaus nach vorne entwickelnden Widerstandes, ist es notwendig, selbstkritisch Fehler aufzuzeigen und mögliche Perspektiven zu diskutieren, um aus diesem Kampf erfolgreich hervorzugehen.

Welche Orienierung für den antifaschistischen Kampf?

Den herrschenden reaktionären Kräften ist es gelungen, die von ihnen geschaffenen Probleme, wie Wohnungsnot, ins Unerträgliche steigende Steuern, Bildungsnotstand, Arbeitslosigkeit, Inflation, unverschämte Angriffe auf den sozialen Standard zu Ungunsten der Ärmsten usw.usf., dem rechtlosesten Teil dieser Gesellschaft, nämlich dem ausländischen Teil der Bevölkerung und den Flüchtlingen, in die Schuhe zu schieben. Um von der Verantwortlichkeit der Herrschenden für die stetigen Angriffe auf das „soziale Netz" abzulenken, werden die von den Auswirkungen stark Betroffenen ausländischen Menschen und Flüchtlinge zu Sündenböcken gemacht.

In dieser gesamtgesellschaftlichen, rassistischen Stimmung zeigen sich die Stiefel-Nazis als nützliche Idioten kapitalistischer Interessen, die zum Einen den herrschenden Parteien eine verbale Abgrenzung nach rechts möglich machen (obwohl diese die rassistischen Ziele im demokratischen Mäntelchen wesentlich effektiver umsetzen...) und zum Anderen antikapitalistische Kräfte durch den faschistischen Terror mundtot machen oder ihnen oft einen defensiven, reinen „Gegen Nazis"-Kampf aufzwängen. Auch bei uns in Rendsburg besteht die Gefahr, das politische Handeln und Denken von den Faschisten bestimmen zu lassen und zwar auf Kosten offensiver, linker Politik, die an die Wurzeln des Übels geht.

Die Systemfrage stellen!

Die menschenverachtende Demagogie der Faschisten setzt doch gerade bei den sozialen Katastrophen dieser Zeit ein; gezielt wird von den Wurzeln abgelenkt. Für den Erfolg antifaschistischer Arbeit wird es von Bedeutung sein, inwiefern es uns gelingt, weiten Teilen der Bevölkerung klarzumachen, daß die Wurzel der sozialen Mißstände im Kapitalismus, der all' die Widersprüche produziert, liegt, und daß es möglich ist, nach oben hin zu rebellieren. Antifaschistische Arbeit muß viel gezielter auf die sozialen Brandherde eingehen und die Funktion, die Faschisten in diesem Gefüge haben, deutlich machen. Die Auffassung, antifaschistische Arbeit als Teil des antikapitalistischen Kampfes zu sehen, sollten wir in RD verstärkt diskutieren!

Wie oben schon dargestellt, ist der Antifa-Widerstand in RD recht vielfältig und effektiv, nur vernachlässigt er meiner Meinung nach zu sehr den Punkt, in der Stadt wirksame Öffentlichkeitsarbeit ein Klima der Ächtung faschistischer Tendenzen zu erzeugen. Viele Menschen wissen einfach nicht, welcher menschenverachtende Terror sich vor der eigenen Haustür abspielt, da Informationen fast nur „Szene-Intern" fließen. Es wäre notwendig, z.B. das monatliche Stadtmagazin regelmäßig mit Artikeln zu versorgen, immer wieder zu versuchen LeserInnenbriefe in die „Landeszeitung" zu bekommen und kontinuierlich in schon existierenden linken Publikationen zu berichten.

Gewerkschaften sind wichtig

Desweiteren wäre es von großer Bedeutung, mit antifaschistischen GenossInnen in den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten und Kontakte herzustellen, da läuft bisher fast nichts. Ich denke bei diesen Überlegungen an den erfolgreichen, antifaschistischen Generalstreik in Schweden zum 21.2.92, der von über einer Million (!) SchwedInnen getragen wurde und sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche zog (Betriebe, Fabriken, Schulen, Unis, öffentlicher Dienst etc.). Auch wenn dies eine sehr weitgegriffene Perspektive ist und wir noch sehr weit von so einer Situation entfernt sind, muß die breite gesellschaftliche Verankerung antifaschistischen und antirassistischen Gedankengutes das vorrangige Ziel der Antifa-Bewegung sein. Positive Ansätze sind in RD ja zu sehen, z.B. die flächendeckende Steckaktion, das Besuchen des Wahlausschusses, um gegen die Wahlzulassung faschistischer Parteien zu protestieren.

Kein Fußbreit den Faschisten!

J.J.

(Quellen: „Landeszeitung" vom 16.3.; „PB" 6/92; diverse Flugblätter

Antifaschistische Demonstration in Rendsburg

Schon gehört?

Nachfolgerin von Ottfried Hennig im Amt der Staatssekretärin im Bundes"verteidigungs"ministerium wird die Pinneberger Bundestagsabgeordnete Ingrid Roitzsch. Als ihr Sohn Christoph Ende 1986 vom Amtsgericht Hamburg-Altona wegen Volksverhetzung („Die Sch...kanaken gehören doch alle ins Grab.") und Beleidigung (gegenüber einer Zeugin: „Die Alte hat wohl lange keinen Dammriß mehr gehabt.") zu vier Monate auf Bewährung verurteilt worden war, bezeichnete sie das Verfahren als „politisches Tribunal". Bereits im März 1983 war Christoph Roitzsch in die Schlagzeilen geraten, als er mit anderen Mitgliedern der Jungen Union Quickborn nächtens durch die Straßen zog und Wahlplakate der SPD und der DKP zerschlug.

Das Zeitgeist-Magazin „Tempo" stellte in seiner April-Ausgabe die Skin-Band Kraftschlag aus Elmshorn vor. Die Band - zwei ihrer Mitglieder gehören dem Ku-Klux-Klan an - trat in der Vergangenheit auch bei Treffen der FAP und der DA (Deutsche Alternative) auf.

Bereits im letzten Jahr wurde der „Arbeitskreis für deutsche Politik" (AfdP) gegründet. In ihm arbeiten mit Thomas Schröder (stellv. Vorsitzender/Lübeck) und Axel D. Neu (Schriftführer/Kiel) zwei früher führende Funktionäre der REP in Schleswig-Holstein mit. Der AfdP führte bisher Seminare, Veranstaltungen und Reisen durch. Mitte Februar 1992 hielten sich 35 Mitglieder des Arbeitskreises auf Einladung des ehemaligen schleswig-holsteinischen REP-Landesvorsitzenden Emil Schlee beim Europa-Parlament in Straßburg auf und hörten sich Vorträge französischer und belgischer Faschisten an. Im Mai stand eine Reise nach Berlin und Potsdam auf dem Programm. Seit Herbst 1991 arbeitet der AfdP am Aufbau eines Schulungs- und Veranstaltungszentrums in Haffkrug an der Ostsee.

Die im 108. Jahrgang (zweimal wöchentlich) erscheinende „Heiligenhafener Post" wird seit Anfang Mai 1992 nicht mehr von der Familie Eggers herausgegeben, sondern vom Verleger des Fehmarnschen Tageblattes, Henning Wolff - 1990 in Passau zum stellv. Bundesvorsitzenden der DVU e.V. gewählt. Daneben erscheint im BURG-Verlag H. Wolff zwischen der östlichen Grenze von Kiel bis hinüber nach Fehmarn und Neustadt in fünf Ausgaben als Anzeigenblatt der MARKTSPIEGEL. Auch dort greift Wolff in bekannt rechter Manier selbst zur Feder.

Skin-Band Kraftschlag

Der wegen seiner Mitarbeit an einer faschistischen Jugendzeitschrift und rassistischen Artikeln Mitte 1991 in die Schlagzeilen geratene frühere CDU-Bürgermeister der Kieler Nachbargemeinde Kronshagen, Thomas Darsow, hatte Anfang der 70er Jahre auch Kontakte zum niedersächsischen NPD-Funktionär Hans-Michael Fiedler. Unter dem sinnigen Pseudonym „Manfred Deutschlein" unterzeichnete Darsow einen von Fiedler initiierten Bettelbrief um finanzielle Unterstützung für rechtsextreme Jugendarbeit. Fiedler ist langjähriger Vorsitzender des SBS (Studentenbund Schlesien), der auch gezielt Informationen über AntifaschistInnen sammelt und veröffentlicht. Ob Fiedler bei dieser Tätigkeit auf Darsows Unterstützung zählen konnte, als dieser im schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz tätig war, ist zur Zeit noch unklar.

Schon gehört?

Was FaschistInnen unter dem „Engagement für die kleinen Leute“ tatsächlich verstehen, zeigen nicht nur die Machenschaften Freys als Vermieter und das Abkassieren der neuen DVU-Abgeordneten im Landtag Schleswig-Holsteins, sondern auch Günther Kawlewski aus Kiel. Der frühere NPD-Kandidat (Mitgliedsnummer 28084) forderte in einem Leserbrief an die „Kieler Nachrichten“ doch tatsächlich, daß ein 8-prozentiger Lohnverzicht nötig sei, um Entlassungen in der Kieler Stadtverwaltung zu vermeiden.

Mitgliedsbuch

NPD

Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Mitgliedsnummer

8. Februar 1967
Datum der Aufnahme

Kawlewski, Günter
Name und Vorname

19. Nov. 1920 Kiel
geboren am in

23 Kiel, Bülowstr. 26
Wohnung bei Ausstellung

Kiel
zuständiger Kreisverband

Für den Parteivorstand NPD Für die Finanzabteilung

An der Ostsee-Konferenz der „Paneuropa-Jugend Deutschland e.V.“ (PEJ) unter dem Motto „Skandinavien und das Baltikum im vereinten Europa“ nahmen vom 8.-10. Mai 1992 in Heiligenhafen vor allem nordddeutsche Mitglieder teil. Aber auch aus Essen und Giessen fanden sich Interessierte ein. Leitung und Organisation der Veranstaltung, der am Freitagabend die Landesversammlung der PEJ Schleswig-Holstein vorausging, oblagen u.a. dem Landesvorsitzenden Markus Waldmann, dem Landesvorstandsmitglied Christopher Mensching und dem Pressebeauftragten Arne Tölsner (Uetersen).

Reichlich Ärger hat in letzter Zeit der neofaschistische Kieler Buchhändler und Verleger Dietmar Munier. Hatte bereits die Spontandemonstration von AntifaschistInnen am Abend der Landtagswahl ihre Spuren an seiner „Buchhandlung am Dreiecksplatz“ hinterlassen, so stattete auch die Walpurgisnacht-Demo dort ihren Besuch ab. Wie Beobachter äußerten hat Munier noch eine halbe Stunde nach den Ereignissen der Polizei mit Tränen in den Augen vorgejammert, daß diese zu spät angerückt sei.

Dietmar Munier
Das letzte Dorf
Bei den Rußlanddeutschen in Ostpreußen
ARNDT

Muniers neues Buch

Bauernhof/Resthof gesucht

Ich suche östlich von Kiel (Preetz, Selent, Lütjenburg, Plön, Malente, Eutin, Ascheberg) einen Hof/Gut mit größerem Gebäudebestand auf min. 1 ha Land, ggf. auch mit großer Landfläche. Bitte setzen Sie sich auch mit mir in Verbindung, wenn Sie noch unentschlossen sind, ob Sie verkaufen sollen. Vielleicht finden wir gemeinsam eine gute Lösung, z. B. in Form Ihrer Einstellung in meinem Unternehmen.

Achtung: Für Hinweise auf einen geeigneten Hof, die zum späteren Kauf führen, zahle ich DM 1000,– Belohnung.

Dietmar Munier, Petersburger Weg 7, 2301 Hohenhude,
Telefon(0 43 40) 16 01 oder (04 31) 55 51 11
(auch abends und am Wochenende)

Anzeige im Bauernblatt von 5.92

Der ehemalige JN-Funktionär, der in letzter Zeit per Kleinanzeige im „Bauernblatt“ ein neues Heim sucht, hat seine Tätigkeit auf das Gebiet der früheren Sowjetunion ausgeweitet. Unter dem Titel „Das letzte Dorf. Bei den Rußlanddeutschen in Ostpreußen“ ist gerade sein neues Buch erschienen. Im Rahmen der „Aktion Deutsches Königsberg“ fördert er gezielt die Stärkung deutsch-völkischer Lebensweise in der Nähe Kaliningrads. Hierbei legt er besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit dem Anfang April 1992 gegründeten „Rußlanddeutschen Kulturverein Trakehnen“, der Träger des von Munier organisierten deutschen Schulunterrichts sein soll. Im Norden steht ihm der 1991 zum 1. Bundesführer des BHJ (Bund Heimattreuer Jugend) gewählte Henning Pless (Hamburg) zur Seite.

„Den Täter haben wir, da werden wir die Tat schon finden“

Mit dem Ex-Stasi-Chef Erich Mielke steht einer der einstmals mächtigsten Männer der DDR vor Gericht. Ihm wird vorgeworfen, die 2 Polizisten Paul Anlauf und Franz Lenk am 9.8.1931 auf dem Berliner Bülowplatz, „seit Jahr und Tag die klassische Berliner Arena erbitterter Partisanenkämpfe“, getötet und auf den Oberwachtmeister August Willig einen Tötungsversuch verübt zu haben.

Mielke war damals 23 Jahre alt, gelernter Expedient, arbeitslos und Mitglied der KPD. Desweiteren gehörte er einem „Parteischutz“ an, einer Organisation, die sich unter anderem als „Saalschutz“ verstand - und in besonderen Situationen auch den Einsatz von Schußwaffen nicht ausschloß.

Es ist also durchaus möglich, daß Erich Mielke die Polizisten zusammen mit seinem Genossen Ziemer erschoß, wie ihm das Gericht vorwirft. Möglich, aber nicht zu beweisen - aber darum geht es der Justiz auch nicht, vielmehr um das Abrechnen mit hochrangigen SED-Funktionären.

Dazu sind alle Mittel, wirklich alle, recht, wie der „Fall Mielke“ auf eindrucksvollste Art und Weise zeigt: So dauerten die Ermittlungen von 1931 bis 1934 an; in den Jahren 1931/32 tauchte der Name Mielke kein einziges Mal in den Ermittlungen auf. Es gibt weder ZeugInnen, noch Beweise dafür, daß Mielke die beiden Polizisten getötet hat; lediglich ein Genosse hat Mielke als Mörder der beiden Polizisten angegeben, dies allerdings nach „SA-üblichen Methoden", sprich Folter, und mit der Gewissheit, daß Mielke, der sich zu dem Zeitpunkt in der Sowjetunion aufhielt, nicht zu belangen war und ihn deshalb eine Falschaussage nicht in Gefahr bringen konnte. Dies war unter GenossInnen so üblich, und deshalb kann das „Geständnis“ des Genossen auch nicht als Beweis dafür gewertet werden, daß Mielke nun die beiden Polizisten, die übrigends die beiden Spitznamen „Totenkopf“ und „Schweinebacke“ aufgrund ihres Mitwirkens bei Prügeleinsätzen gegen KommunistInnen hatten, getötet hat.

Als hundertprozentig beweiskräftig dienen heute allerdings die Nazi-Akten aus den Jahren 1933/34, die mit Mielke und Ziemer 2 Kommunisten „überführt“ hatten und dies mit dem Ziel „nachzuweisen, daß die KPD den bewaffneten Aufstand geplant und 1932-33 organisiert habe, wobei nur der Nationalsozialismus Deutschland vor der Bolschewisierung gerettet habe. Diese hochpolitische Ausrichtung hat Ermittlungen und schließlich auch die gerichtlichen Verhandlungen geprägt“, so Mielkes Wahlverteidiger Wetzenstein-Ollenschläger (Der Spiegel, Nr.8, 92)

Die Medien und Mielke: nur eine „Intensivierung der Ermittlungsverfahren“?

Interessant, oder vielmehr beschämend ist es, zu beobachten, wie teilweise HistorikerInnen und JournalistInnen der unterschiedlichsten politischen Couleur die deutsche Justiz von 1933 mitsamt ihren „Ermittlungsmethoden“ beurteilen. So schreibt Götz Aly in der „taz“: „Alle Zeugenaussagen wurden rechtswidrig, „unter tätiger Mithilfe der SA, in einer Situation fast vollständiger Rechtlosigkeit erpreßt.“ Und weiter. „Die Urkunden im Mielke-Prozeß sind Verhörprotokolle von Polizei- und Gestapo-Schergen. Eine Anklageschrift und ein Urteil jener Karrierejuristen, die gerade glücklich und strebsam in die besser dotierten Stellen ihren entlassenen jüdischen und sozialdemokratischen Kollegen eingerückt waren und bald zu höheren Weihen im System furchtbarer Juristerei aufstiegen.“ (Der Spiegel, Nr.8, 92)

Hingegen meint Jürgen Busche in der Süddeutschen Zeitung: „Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten hatte diese vermutlich politischen Druck zur Intensivierung des Ermittlungsverfahrens ausgeübt. Auch hatte offensichtlich die Zerschlagung der KPD die Arbeit der Ermittlungsbeamten begünstigt. Diese Umstände erlauben es jedoch nicht, die Arbeit des damaligen Gerichts und seine Ergebnisse pauschalen Zweifeln grundsätzlicher Art auszusetzen. Die Justiz wurde nach 1933 keineswegs so schnell und rigoros in den Dienst der Diktatur genommen, wie man sich das im nachhinein vorstellen mag.“ (Der Spiegel, Nr.8, 92)

Falsch, Herr Busche, daß sich die deutsche Justiz schon 1933 gleichgeschaltet hatte, lernt heutzutage schon jedes Kind in der Schule, oder mit den Worten des damaligen Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes 1933, Karl Linz: „Hohe Verehrung, aber auch unverbrüchliche Treue schlingen ein unauflösliches Band zwischen dem, der die Geschicke des deutschen Volkes leitet, seinem Führer, und den deutschen Richtern—“ (zitiert aus Der Spiegel, Nr8, 92)

Und heute?

Heute wird Erich Mielke der Prozeß gemacht, für eine Tat, die er nicht oder vielleicht, aber nicht sicher ganz bestimmt begangen hat. Heute werden 2 alte Männer des Mordes an einem Nazi Richter angeklagt, den sie vor 46 Jahren in einem russischen Kriegsgefangenenlager getötet hatten, verbittert darüber, daß dieser, der für den gerichtlich legitimierten Mord an Tausenden von JüdInnen, RussInnen, LitauerInnen verantwortlich war, wieder in Amt und Würden kommen sollte - wie so viele andere auch. Die ProzeSSe werden heute geführt, um abzurechnen, mit dem SED-Regime, der gesamten DDR, sie zu einem von Mördern geführten Staat zumachen. Sie werden heute geführt, um abzurechnen, mit AntifaschistInnen, die wie die beiden alten Männer nicht zulassen wollten, daß hohe NS-Richter, die für den Tod von Tausenden verantwortlich waren, wieder ihren gut dotierten Job bekommen sollten und deshalb töteten - Mord verjährt nicht, zumindest, wenn er an hochrangigen Trägern des NS-Regimes begangen wurde.

Sie werden heute aber auch geführt, um Macht zu demonstrieren, die Macht des Siegers BRD, Triumphator über die DDR, über die sozialistische Utopie (heute ist nicht alle Tage,...), in dessen Reihen sich Männer mit einer so eindeutig braunen Vergangenheit wie Globke, Kiesinger, Carstens, Schmidt etc. wohl und geborgen fühlten, und noch fühlen...

Die BRD - ein Rechtsstaat? Na klar, soweit mensch dies als politische Standortbezeichnung begreift - und nicht als einen Anspruch, den es in punkto Gerechtigkeit vielleicht hat oder hatte, und wenn es den je hatte, nie verwirklichen konnte oder auch wollte, wie der Fall Mielke auf eindrucksvolle Art und Weise belegt.

C.S.

BRD-Justiz führt Prozeß gegen Antifaschisten aus der ehem. DDR

Seit November letzten Jahres macht die 22.Strafkammer des Oberlandesgerichts Hamburg zwei antifaschistischen Kämpfern aus der ehemaligen DDR den Prozeß. Die Anklage lautet auf Mord.

Im Juni 1947 wurde im sowjetischen Kriegsgefangenenlager „Memel" bei Vilnius Oberstabsrichter Kallmerten erschlagen. Kallmerten, durch eigene Tagebuchaufzeichnungen überführt, war verantwortlich für die Erschießung von über hundert sowjetischen Partisaninnen und Partisanen.

Heute stehen Gerhard Bögelein aus Leipzig und Karl Kielhorn aus (Ost-) Berlin deshalb vor einem bundesdeutschen Gericht.

Der jetzt laufenden Prozeß basiert auf den Ermittlungen des Ermittlungsrichters Steckel und den Akten eines Prozesses, der 1952 gegen einen anderen Angeklagten in gleicher Sache geführt wurde.

Gegen Kielhorn und Bögelein wurde 1952 von Steckel ein Haftbefehl ausgestellt und Auslieferung beantragt.

Ein paar Sätze zu Ermittlungsrichter Steckel: 1919 Freiwilliger der schwarzen Reichswehr, später Mitglied eines Freicorps, führte ihn seine juristische Karriere während des Faschismus ans Sondergericht Kalinigrad. Von März bis Mai 1945 war er Ankläger am Volksgerichtshof (Freisler) in Potsdam, rutschte dann mithilfe alter „Kameraden" durch die Entnazifisierung und setzte schon Ende der vierziger jahre als Ermittlungsrichter im Dienste der bundesdeutschen Justiz seine Jagd auf AntifaschistInnen fort.

Sämtliches Beweismaterial seiner Ermittlungen wird heute für den Prozeß verwendet, es ist nicht einmal mehr möglich, Aussagen juristisch zu hinterfragen, da die Zeugen verstorben oder aufgrund ihres Alters nicht mehr vernehmungsfähig sind.

Die Zeugen des damaligen Prozesses waren fast durchweg alte Wehrmachtsoffiziere, deren Interesse darin bestand, ihre alten „Kameraden" zu rehabilitieren und die Mitglieder des antifaschistischen Widerstandes zu denunzieren und zu belasten. Dies wird deutlich in den damaligen Aussagen, zum konkreten Tathergang konnte keiner der Zeugen etwas sagen, wohl aber zum „anständigen und geachteten Kameraden Kallmerten" und zu den „krankhaften Tieren" und „hinterlistigen Hetzern" (so bezeichneten sie die Antifaschisten).

Karl Kielhorn war damals Leiter der Antifa im „Sammellager Memel", Gerhard Bögelein desertierte wiederholt von der Wehrmacht und arbeitet dann auf seiten des sowjetischen NKWD (Geheimdienst) u.a. an der Überführung von Kriegsverbrechern mit.

Beide nehmen in dem Prozeß eine ungebrochene Haltung ein und haben in mehreren Erklärungen ihre antifaschistische Position deutlich gemacht. So sagte Kielhorn in seiner Anfangserklärung, „ das Gericht solle nicht annehmen, daß er einer der Wendehälse sei".

Welches Interesse hat die bundesdeutsche Justiz heute noch, nach 45 Jahren, die beiden Antifaschisten zu verurteilen?

So wie 1952 die exemplarische Verurteilung von AntifaschistInnen im Vorfeld des Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands, in der Entwicklung des antikommunistischen „Roll back", stand, dient er heute dazu, der DDR rückwirken[d] ihre Legitimation abzusprechen. Justizminister Kinkel umriß das Ziel der prozessualen „Aufarbeitung" der DDR-Geschichte vor dem Deutschen Richtertag am 23.9.91 folgendermaßen: "Es muß gelingen, das SED-Regime zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter Humanität hergeleitet hat."

Durch die sogenannte Wiedervereinigung ist nun die direkte Verfolgung von AntifaschistInnen in der DDR möglich geworden, Kielhorn und Bögelein wurden vier Tage nach der offiziellen Wiedervereinigung auf der Grundlage des Haftbefehls von 1952 in ihren Wohnungen verhafet. Karl Kielhorn wurde inzwischen gegen Hinterlegung einer Kaution freige[-]lassen.

Antifaschismus soll als verbrecherisch denunziert und aus der Geschichte gestrichen werden, und es sollen all jene mundtot gemacht werden, die diese Geschichte teilen oder sich auf sie beziehen.

Der Prozeß gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn lief über weite Strecken ohne Öffentlichkeit. Erkundigt euch, ob in anderen Städten weitere ähnliche Prozesse geplant sind oder geführt werden, fragt bei AnwältInnen und Geschichtswerkstätten nach.

Komitee gegen den imperialistischen Krieg, Rote Hilfe OG , Hamburg
aus: Die Rote Hilfe 2/92

Schreibt Gerhard Bögelein über Landgericht, 22.Strafkammer, Sievekingplatz, 2000 Hamburg

!!!!!!! Nachtrag: Am 18.5.92 erging das Urteil in diesem Prozeß: Karl Kielhorn wurde freigesprochen, Gerhard Bögelein wurde zu lebenslanger Haft verurteilt !!!!!!!

Zum Flüchtlingskampf in Norderstedt

Dieses Papier sehen wir als weiteren Beitrag zur Nachbereitungsdiskussion des Flüchtlingskampfes in Norderstedt.

Es ging uns jetzt noch nicht darum Perspektiven zu eröffnen, sondern Fehler zu benennen, die unseres Erachtens während des Kampfes gemacht wurden.

Wir sehen uns als Beteiligte an diesem Kampf und damit auch als Mitverantwortliche an gemachten Fehlern. Daher richtet sich unsere Kritik nicht allein an die engeren UnterstützerInnen, sondern bezieht sich auch auf uns als Teil des weiteren UnterstützerInnenkreises.

Wir hoffen, daß unsere Kritik als konstruktiv und solidarisch verstanden wird.

Wir haben nicht den Anspruch, alle Punkte abschließend behandelt zu haben. Einiges ist nur angerissen und bedarf weiterer Diskussion.

Wir haben uns dennoch entschlossen, das, was wir hatten zu Papier zu bringen, weil bisher recht wenig an nachvollziehbarer Diskussion vorhanden ist.

Aussichtslos??????

Es ist unserer Meinung nach nicht richtig, daß der Kampf von Beginn an von Aussichtslosigkeit geprägt war.

Wir finden diesen Punkt wichtig, weil in der Er(k)lärung sich uns der Eindruck vermittelte, daß der Kampf als von vornherein hoffnungslos dargestellt wurde.

Diese Aussage impliziert, daß eigenes Verhalten den Ausgang des Kampfes nicht beeinflussen konnte. Dadurch muß eigenes Verhalten nicht hinterfragt werden. Diese Ausblendung eigenen Handelns verhindert eine kritische Aufarbeitung.

Es bestand die konkrete Hoffnung, daß die Forderungen der Flüchtlinge, keine Abschiebung in die Ex-DDR und Bleiberecht in Schleswig-Holstein, durchgesetzt werden konnten. Sicher ist die generelle Durchsetzung der Forderung nach freier Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge aufgrund des bestehenden Kräfteverhältnisses in der BRD nicht sehr wahrscheinlich.

Für die Norderstedter Flüchtlinge aber bestand die Hoffnung auf Durchsetzung durchaus. Zumindest eine Lösung wie in Hessen, wo es Flüchtlingen gelang ihre Forderung nach Bleiberecht durchzusetzen, schien möglich.

Anders wäre auch gar nicht die kämpferische Stimmung bei allen erklärbar, die nach der Flucht aus Greifswald spürbar war.

Erst im weiteren Verlauf des Kampfes wurde ein Erfolg zunehmend unwahrscheinlich. Mit der Demo am 7.12. 91 wurde klar, daß die Mobilisierungsfähigkeit des Linksradikalen- und MigrantInnenspektrums nicht ausreichte, um genügend Druck zu erzeugen, damit die politisch Verantwortlichen sich zum Einlenken gezwungen sahen.

Bei der Demovorbereitung waren zwei Positionen erkennbar:

-Mobilisierung auf das eigene Spektrum begrenzt

-Einbindung von gewerkschaftlichen und kirchlichen Basisgruppen sowie SPD-Basis.

Die Entscheidung für die erste Position war nicht unumstritten.

Die Frage ob einer Bündnisdemo mit den bürgerlichen Kräften mehr Erfolg beschieden gewesen wäre, ist nicht abschließend zu beantworten. Möglicherweise hätte sich die Mühe gelohnt, die Basisgruppen anzusprechen und SPD und Kirche mit ihrer doppelten Moral, ihrer eigenen Widersprüchlichkeit, zu konfrontieren.

Daß mensch es hier nicht mit einem monolithischen Block zu tun hatte, war schon vorher an vielen Punkten deutlich geworden.

Es gab z.B.:

- eine Solidarisierung von Schalom-Mitgliedern mit den Flüchtlingen, indem diese Lebensmittel spendeten
- die Solidarische Kirche, die ebenfalls die Forderungen der Flüchtlinge unterstützte
- Bürgerinis, die in der näheren Umgebung für AsylbewerberInnen sozialarbeiterisch tätig waren

IG Metall Betriebsgruppen, sowie Jusos und Grüne auf Kreis- und Landesebene, die sich solidarisierten

Es wäre einen Versuch wert gewesen, diese Gruppen und Einzelpersonen von Beginn an anzusprechen und z.B in der Form eines offenen Plenums miteinzubeziehen, auch gerade vor dem Hintergrund der klammheimlichen Freude und spontanen Zustimmung, die die Flucht aus Greifswald bewirkt hatte.

Nach der schwachen Demo machte sich zunehmend Resignation breit. Ab diesem Zeitpunkt nahm die Zahl der UnterstützerInnen ab. Die Initiative ging verloren. Erst als Reaktion auf das weihnachtliche Ultimatum der Kirche kamen wieder viele Menschen zusammen.

Bezeichnenderweise an einem Punkt der nicht selbst gesetzt wurde. Von nun an bestimmten Kirche und Landesregierung die Situation.

Hungerstreik

Zum Hungerstreik (HS) sind für uns einige Fragen offen. Die Entscheidung für den HS fiel in einer Situation, wo klar war, daß die Flüchtlinge nicht in eine andere Stadt gehen wollten.

Ein Umzug zu diesem Zeitpunkt war als ein selbstbestimmter Schritt geplant, der erneut Druck auf die Landesregierung ausüben und die zermürbende Situation in der Schalom-Kirche beenden sollte.

Kurt vor dem schon organisierten Umzug entschieden sich die Flüchtlinge aber doch noch dagegen. Die Gründe hierfür lagen in der sich erschöpfenden Kraft der Flüchtlinge und in ihrer vorher unzureichend vermittelten bzw. von UnterstützerInnen nicht wahrgenommenen, unterschiedlichen Einschätzung über Sinn und Zweck einer solchen Aktion. Die Flüchtlinge entschieden sich, den Stress eines dritten Umzuges nicht auf sich zu nehmen.

Unter diesen Bedingungen dann aber als Alternative einen unbefristeten HS zu beginnen, erscheint uns fragwürdig.

Ein HS erfordert Kraft und Hoffnung, wenn mensch ihn konsequent führen will. HS beinhaltet auch immer die Forderung nach Solidarität. Der von außen erzeugte Druck ist genauso notwendig.

In einer Situation wo die konkrete Unterstützung aber schwächer geworden und damit nun tatsächlich eine Aussichtslosigkeit gegeben war, erscheint uns ein HS als falsches Mittel.

Wir meinen, daß es zu diesem Zeitpunkt sinnvoll gewesen wäre, den Kampf in seiner bisherigen Form zu beenden.

Wenn der HS aber nur als Abschlußaktion gedacht war, als taktisches Mittel um den Kampf nicht stillschweigend zu beenden, dann wird damit der HS allgemein als Kampfmittel entwertet. Die Glaubwürdigkeit zukünftiger HS würde infrage gestellt sein.

Infoübermittlung - Heterogenität

Es wurde immer ein glattes Bild der Situation und der Positionen vermittelt. Zu glatt, wie uns scheint.

Es ist sicherlich notwendig in einem, im Mittelpunkt öffentlichen Interesses stehenden Kampfe, eine selektive Infoarbeit zu leisten, die dem Desinformationsinteresse der politisch Verantwortlichen Rechnung trägt. Wenn sich aber im weiteren UnterstützerInnenkreis der Eindruck verdichtet, daß Widersprüche vertuscht werden, dann ist eine Grenze überschritten.

Es wäre wichtig gewesen, die Heterogenität der Flüchtlingsgruppe sowohl zu erkennen, als sie auch immer wieder nach außen zu vermitteln und Widersprüche offen darzustellen. So aber wurden die teilweise völlig unterschiedlichen Herangehensweisen, Ausgangslagen und Zielsetzungen der Flüchtlinge nicht erkennbar.

Zumeist war, wohl im Interesse einer möglichst starken Mobilisierung, nur vom gemeinsamen Kampf der Flüchtlinge die Rede.

Das aber der Druck von Kirche und Landesregierung auf jeden einzelnen Flüchtling unterschiedlich stark wirkte, wie z.B. die Androhung der polizeilichen Räumung oder die Abschiebungsdrohung, führte dazu, daß Flüchtlinge individuell oder als Kleingruppe eine Perspektive suchten. Diese Probleme wurden kaum thematisiert.

Das Weggehen von immer mehr Flüchtlingen führte zunehmend zu einer Lähmung der UnterstützerInnenarbeit.

In dieser Situation gelang es Kirche und Landesregierung, immer mehr ihre Lügen über geleistete Überzeugungsarbeit unter den Flüchtlingen und von der Instrumentalisierung durch Autonome zu verbreiten.

Die Reaktion war zumeist die pauschale Antwort, daß der gemeinsame Kampf der Flüchtlinge unverändert weitergehe.

Diese ungeklärten Widersprüche führten häufig zu einem Nichtverhalten prinzipiell solidarischer Menschen.

Dies mag ein Grund dafür sein, daß mit zunehmender Dauer des Kampfes die Beteiligung

von UnterstützerInnen aus Hamburg und Umgebung immer geringer wurde und stattdessen in und aus entfernteren Städten praktische Unterstützungsarbeit geleistet wurde. Die entfernter wohnenden GenossInnen hatten die Widersprüche nicht mitbekommen.

Dieses Nicht-Verhalten im nachhinein als Nicht-Begreifen dazustellen (siehe Er(k)lärung), bedeutet, es sich zu einfach zu machen.

Wer ist Subjekt?

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bewertung der Rolle der UnterstützerInnen in diesem Kampf. Einige UnterstützerInnen vertreten die Position, daß allein die Flüchtlinge Subjekte in diesem Kampf sind. Sie also den Kampf inhaltlich und taktisch bestimmen. Den UnterstützerInnen kommt nach dieser Auffassung lediglich, wie der Name schon sagt, eine helfende und unterstützende Funktion zu.

Begündet wurde dieses durch den Metropolenstatus der UnterstützerInnen, der beinhaltet, daß auch mensch hier von der Ausbeutung des Trikonts profitiert. Profiteure werden sich kaum glaubhaft für den Verlust ihrer Privilegien einsetzen.

Außerdem erscheint uns der Instrumentalisierungsvorwurf wesentlich, der immer wieder diffamierend von den Herrschenden vorgebracht wurde. Um keinen Ansatz hierfür zu bieten, wurde sich bei der Einbringung selbstbestimmter politischer Inhalte häufig zurückgehalten.

Wenn auch diese Position nicht explizit von allen vertreten wurde, eine abschließende Diskussion wurde nicht geführt, so muß doch rückblickend gesagt werden, daß die alleinige Subjekt-Rolle der Flüchtlinge allgemein anerkannt wurde und sich die politischen Aktivitäten danach richteten.

Die Nicht-Definition der eigenen Rolle wurde vielen erst dann offensichtlich, als eine Vergewaltigung in der TU-Berlin bekannt wurde, und klar war, daß auch in Norderstedt ähnliche Fehler von unterstützenden Menschen gemacht wurden.

Ein ausschließlich unterstützendes Selbstverständnis hat es vielen Frauen und Männern nicht möglich gemacht, von Beginn an die patriarchalen Strukturen unter den Flüchtlingen zu kritisieren, etwa die nur von Männern bestimmten Flüchtlingsplenen und der entsprechend zusammengesetzte Sprecherrat.

Widersprüche wurden übersehen, sexistische Strukturen somit reproduziert. Reproduziert auch in und von den eigenen unterstützenden Strukturen, denn Frauen haben sich aufgrund dieser nicht thematisierten Widersprüche zurückgezogen.

Die unterstützenden Männer waren Profiteure dieser altbekannten und Privilegien sichernden Strukturen.

Die sinnlose „Verwüstungsaktion" ist unserer Meinung nach ebenfalls Ergebnis der falschen Bewertung der eigenen Rolle und der damit verbundenen ständigen Zurückhaltung eigener Inhalte. So wird es auch in der Er(k)lärung fomuliert:

„Sie (Die Flüchtlinge) haben uns gebeten, die Provokationen der Kirche zu schlucken und dementsprechend haben wir uns im Interesse der Flüchtlinge verhalten und uns dauernd stark zurückgenommen. Insofern waren die Verwüstungen in der Kirche für uns ein Ausdruck unserer Wut, die rausmußte, um die Zeit in der Kirche erträglicher zu machen."

Auch die Nicht-Thematisierung der Heterogenität der Flüchtlinge ist in diesem Kontext logisch. Wenn die Flüchtlinge allein die Inhalte bestimmen, dann ist es natürlich nicht erwähnenswert, daß sie unterschiedliche Positionen haben, die durchaus z.B. von linken politischen Standpunkten abweichen. Eine offene Darstellung der Heterogenität hätte dann die Maxime, daß die Flüchtlinge alleiniges Subjekt sind, in Frage gestellt.

Wir folgen in unserer Sicht den Einschätzungen „einiger Unterstützer März 92", die wie folgt formulieren:

„...., daß es für eine Unterstützungsarbeit notwendig ist, sich selbst ins Verhältnis zum Kampf der Flüchtlinge zu setzen, eine eigene Positon zu entwickeln und mit dem Bewußtsein der unterschiedlichen Ausgangspositionen (Privilegien, Rassismus) einen gemeinsamen Kampf zu führen, in dem die Flüchtlinge zusammen mit den Menschen die sie unterstützen, Subjekte sein können. Ein Verstecken (bedingungslose Unterstützung) hinter den Forderungen der Flüchtlinge erspart eine eigene genaue Auseinandersetzung nach einer politischen Perspektive im Kampf und macht sprachlos."

Einige weitere Unterstützer April 92

(Wer/welche weitere Informationen oder Diskussionspapierem Kampf der Norderstedter Flüchtlinge beziehen möchte, der/die wende sich an den Zapata-Buchladen, Jungfernstieg).

Für bundesweite Schlagzeilen sorgte in den letzten Wochen der eskalierende Streit um einen jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen, bei dem der Hamburger SPD-Senat zunehmend auf die harte Linie setzt. So kam es in letzter Zeit wiederholt zum Polizeieinsatz gegen protestierende Juden. Als Diskussionsbeitrag drucken wir mit geringfügigen Kürzungen den Text von einigen Mitgliedern der Gruppe K/Hamburg ab, der vor kurzem als Flugblatt verteilt wurde.

Gegen die antisemitische Hetze

Für den Erhalt des jüdischen Friedhofs in Ottensen

... Wie diese Bevölkerung hinter der Senatslinie steht, hat sie in den letzten Wochen gezeigt. Anläßlich der Besetzung der Baustelle auf dem jüdischen Friedhof durch orthodoxe Juden aus Belgien, Großbritannien, den USA und der Schweiz, die die weitere Zerstörung der Grabstätten verhindern wollen, versammeln sich am gerade hochgezogenen Bauzaun keineswegs nur organisierte Nazis und bekennende Rechtsextreme: Auch Leute, die ihre Wählerstimme nicht an DVU, REPs usw. geben, sind dabei, die vielseitig anwendbaren Stereotypen des antisemitischen Repertoires öffentlich aufzuführen.

Wir hegen den begründeten Verdacht, daß es sich hierbei nicht nur um Einzelfälle „Ewiggestriger" handelt, sondern sich in der Debatte um den Friedhof, in der Kampagne gegen die orthodoxen Juden und in diesen Angriffen beispielhaft etwas davon zeigt, wie sich künftig in Deutschland regierungsoffiziell Politik vor Ort realisiert. Denn so erschreckend es ist, die antisemitischen Tiraden live zu erleben - wer die Umfragen über antisemitische Einstellungsmuster in der deutschen Bevölkerung, die politischen Signale von Regierungsseite spätestens seit der sog. Wiedervereinigung und die aktuelle Argumentationslinie des Hamburger Senats zur Kenntnis genommen hat, darf sich im Grunde über den Antisemitismus auch in Ottensen nicht wundern.

Der latente Antisemitismus

Diverse demoskopische Untersuchungen und Umfragen zeigen, daß die antisemitische Grundeinstellung von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung über die Jahrzehnte seit der Befreiung vom Faschismus nicht wesentlich erschüttert wurde; auch nach der neuesten bejahen 32%, daß „die Juden mitschuldig (sind), wenn sie gehaßt und verfolgt werden", mindestens 35% werden mit klaren antisemitischen Einstellungen ausgemacht (veröffentlicht im „Spiegel" 13./20.1.92, der selbst z.B. mit seinem Hetzartikel über Gregor Gysi „Der Drahtzieher" so ziemlich alle Register antisemitischer Denunziation gezogen hatte).

Die BRD ist ein Land, das sich durch eine gigantische Verdrängungsleistung gegenüber seiner mörderischen Geschichte auszeichnet - der Ausdruck „Wiedergutmachung" ist verräterisch genug. Der Versuch, sich von der Schuld freizukaufen, anstatt den gesellschaftlichen Ursachen und massenpsychologischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus nachzugehen, das kennzeichnet die deutsche „Vergangenheitsbewältigung". Insbesondere das Bild der Juden als kosmopolitisch organisierter „Feind, Schädling und Verderber des deutschen Volkes" ist kaum - auch nicht von der Linken - grundsätzlich kritisiert worden. Auch wenn es lange Zeit nicht opportun war, öffentlich (zu deutlich) antisemitisch aufzutreten, wird aktuell wieder klar, von welcher Kontinuität der Antisemitismus in Deutschland ist.

Deutsche Souveränität

Die politische Symbolik des „Schlußstrichs" unter die deutsche Geschichte, die sich schon mit der offiziellen Ehrung von SS-Gräbern in Bitburg 1985 abzeichnete und mit der Beseitigung der Singularität [Einzigartigkeit] des nationalsozialistischen Judenmords im Historikerstreit 1986 seine wissenschaftlichen Weihen erhielt, wird zum Bestandteil alltäglicher Regierungspolitik. Wenn Kohl die Bitte des Zentralrats der Juden in Deutschland ausschlägt, die Tatsache der Shoah in die Präambel des Grundgesetzes aufzunehmen, wenn er sich mit dem international geächteten Altnazi Waldheim zum Bankett trifft und gegen die Kritik pöbelt, er lasse sich als Kanzler von jüdischer Seite nicht vorschreiben, mit wem er sich treffe, so demonstriert er damit, was das „wiedervereinigte" Deutschland unter Souveränität und Selbstbestimmung versteht: Daß es sich von niemandem mehr in seine Entscheidungen hineinreden lassen will; daß über Form und Inhalt von geschichtlicher Erinnerung und Traditionsbildung die Deutschen allein entscheiden, wie die Gleichsetzung von NS-Terror und politischer Praxis in der SBZ/DDR z.B. in der widerwärtigen Debatte um die Umbildung der Gedenkstätten zeigt; daß die Ansprüche und die Kritik von jüdischer Seite an Deutschland nun endlich ihr Bewenden haben sollen.

Die Drohung mit dem Volkszorn

So geht mit dem endlich für möglich gehaltenen Heraustreten aus dem lästigen „Schatten der Vergangenheit" der deutliche Hinweis an die Adresse der Juden einher, mit der Kritik an Deutschland „im eigenen Interesse" aufzuhören, wenn nicht schlafende Schäferhunde geweckt werden sollen. Diese Drohung, der sich auch der Hamburger Senat (Voscherau am 22.4.92) mit dem Verweis auf „den inneren Frieden in unserem Land", der durch die Proteste der orthodoxen Juden Schaden nehme, und die Quarree-Investoren Büll & Liedtke mit den angedrohten „antisemitischen Reaktionen" bedient haben, ist in der Bevölkerung richtig verstanden worden: als Signal, jetzt endlich mal wieder das sagen und schreien zu dürfen, was sonst offiziell verboten ist, ohne befürchten zu müssen, belangt zu werden.

Antisemitismus findet in dem „Konflikt" um das Friedhofsgelände aber nicht nur am Bauzaun statt, sondern in ganz legaler Form hat er von vornherein die ganze Auseinandersetzung strukturiert. Die spezifisch Hamburgische Form des Umgangs mit den Interessen der Juden, in diesem Fall vertreten durch die orthodoxen Juden, läuft unter dem Titel:

„Hanseatische Vernunft contra Fundamentalismus"

Zum ersten Mal in der Hamburger Geschichte wurde am 50. Jahrestag des Beginns der Deportationen der Hamburger Juden, am 25.10.1991, ein großangelegtes Gedenkprogramm organisiert, an dem sich Museen, Universitäten, die Staatsoper, andere Theater und viele Hamburger Einrichtungen

beteiligten.

400 Jahre Juden in Hamburg - die erste, umfassende Ausstellung mit dieser Thematik im Museum für Hamburgische Geschichte wurde monatelang der aufgeklärten Hamburger Öffentlichkeit gezeigt.

Die Kulturbehörde betreibt ein wissenschaftliches und denkmalpflegerisches Programm, in dem sie die erhalten gebliebenen jüdischen Friedhöfe in Hamburg erforscht und restauriert, was mit 500.000 DM pro Jahr gefördert wird.

Alle, alle betonen sie unermüdlich ihr Engagement im Erinnern, Gedenken, ihre besondere Verantwortung angesichts der nationalsozialistischen deutschen Geschichte. Und alle listen auf, wie sehr, wie gut und wie gemeinsam sie in Absprache mit den jüdischen Gemeinden, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, emigrierten Juden, Delegationen aus dem Ausland, Institutionen diese ernste, verantwortungsvolle „nationale Aufgabe" anpacken und wie sie wirklich aus der Geschichte gelernt haben.

Die Hamburger Sozialdemokraten/innen mit ihrer Variante der Geschichtsrelativierung haben in der Tat aus der Geschichte gelernt und wollen dafür überall, national wie international, demonstrativ gelobt werden - besonders von den Opfern, den Juden, die sie für ihre Interessen eingemeinden wollen.

In Vorworten zu Ausstellungskatalogen, in aktuellen Stellungnahmen wird dauernd der Verlust für Hamburg beschworen, (der aus der NS-Vernichtungspolitik entstanden ist), ohne mit einem einzigen Wort die NS-TäterInnen zu benennen, ohne die Beteiligung der Bevölkerung an der Vernichtung der Hamburger Juden aufzuzeigen und ohne auf den aktuellen Antisemitismus in Hamburg, in Deutschland einzugehen und dazu eine klare Position zu beziehen.

Der Verlust adelt den Täter, der zu bedauern ist, das „Opfer" wird nicht erwähnt und nicht wahrgenommen, vor allem das gegenwärtige und zukünftige nicht.

Die veröffentlichten Stellungnahmen des Senatssprechers Dr. Mirow und Bürgermeister Voscheraus haben in der Öffentlichkeit und in den Medien den Eindruck hervorgerufen, als könne der Senat „in dieser Angelegenheit" (des jüdischen Friedhofs) leider gar nichts tun, als habe die „Freie und Hansestadt Hamburg keinerlei Möglichkeit, hier erneut einzugreifen". Als sei der einzig gangbare Weg, als neutraler Beobachter und Vermittler abzuwarten und sich im geeigneten Zeitpunkt für Verhandlungen bereitzuhalten.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, wie, mit welchen Mitteln und warum Voscherau und seine Mitarbeiter sich tatsächlich schon längst verhalten haben, die Weichen gestellt haben für die von ihm selbst als „quälerisch" bezeichneten Auseinandersetzungen um den jüdischen Friedhof in Ottensen.

Welchen Ton der Hamburger Bürgermeister im Antwortschreiben an den Präsidenten der Europäischen Rabbinerkonferenz, Lord I. Jakobovits anschlägt, sollen die folgenden Zeilen zeigen:

„Der Senat ist selbstverständlich bereit, Sie mit einer Delegation zu empfangen. Allerdings muß ich sogleich darauf hinweisen, daß der heutige deutsche Staat als eine der zentralen Lehren der NS-Verbrechen die strenge Bindung aller vollziehenden Gewalt an Gesetz und Recht vorsieht und dieser Pflicht, auf die der Amtseid abzule-

gen ist, Verfassungsrang verleiht (Art. 20 GG). Die Stadt hat deshalb keinerlei Recht, zu Lasten Dritter hoheitlich in gesetzliche Rechte Dritter einzugreifen. Er kann insbesondere nicht baurechtliche Genehmigungen verweigern, auf deren Erteilung ein gerichtlich gegen den Senat durchsetzbarer Anspruch besteht." Und weiter im Voscherau`schen Demokratie-Unterricht: „Ich bin sicher, auch Sie sehen Gesetzes- und Verfassungsbruch nicht als ein Mittel an, mit dem die Stadt Ihnen Hilfe leisten dürfte."

Nach dieser dreisten Unterstellung und der direkten Kampfansage gegen das für unberechtigt erachtete Anliegen des Erhalts des „ehemaligen" jüdischen Friedhofs wird der historische Fehler benannt und der Schuldige schnell gefunden. Der Fehler von 1953, der Verkauf des Geländes, wird als vor dem Hintergrund „Ihrer religiösen Aussagen schwer nachvollziehbare Entscheidung" dargestellt, die „Fehler" von 1933-1945, die zu dieser Entscheidung geführt haben, bleiben selbstverständlich unerwähnt. Und gleich wird hinzugefügt, solche selbstverschuldeten, nicht nachvollziehbaren Fehler, wie die Entscheidung 1953, könne der Senat nicht rückgängig machen.

Dann profiliert sich Voscherau mit der Ausstellung „400 Jahre Juden in Hamburg" und mit der „weltweit seinerzeit wohl einmaligen Besonderheit der nach innen toleranten jüdischen Einheitsgemeinde in Hamburg." Es folgt eine ausführliche Belehrung des Oberrabbiners über jüdische Traditionen und deren geistige Erben, nicht zu vergessen die „Wahrung des liberalen und toleranten Erbes des Hamburger Judentums."

„Die Stadt Hamburg, die diese Tradition ihrer jüdischen Mitbürger auch die ihrige nennen darf, wäre, wie Sie sich denken können, sehr erleichtert, wenn der „Fehler" des Jewish Trust von 1953 jetzt dazu führte, daß Hamburg durch „die Augen der Juden in aller Welt" nicht in Widerspruch zu seinen toleranten Traditionen und zu den geltenden Gesetzen gebracht würde. Mit freundlichen Grüßen H. Voscherau."

So lautet kein Einladungsschreiben, so wird ein berechtigtes Anliegen abgelehnt und der Antragsteller diffamiert und vorab zum schuldigen Störenfried erklärt, der am liberalen Image der Stadt rüttelt und das Ansehen der aufgeklärten Metropole international unberechtigterweise ruiniert.

Auf dieser Linie argumentiert Senatssprecher Mirow in wiederholten Stellungnahmen. Konfrontiert mit der Tatsache, daß in vielen Ländern der „Konflikt" um den jüdischen Friedhof verfolgt wird und zu Protesten geführt hat, erklärt er, der amerikanische Kongreß sei wohl über die Einzelheiten nicht ganz informiert. Die von Athra Kadisha organisierten Demonstrationen im Ausland schadeten dem Ruf der Stadt. „Mit der Zunahme der Entfernung haben wir aber immer weniger Möglichkeiten, die richtigen Zusammenhänge darzustellen und falsche Angaben zu widerlegen." Wer wohl die falschen Angaben macht und dem „Ruf Deutschlands" schadet, ist für ihn klar ausgemacht.

Die Sache sei unter den „jüdischen Mitbürgern in hohem Maße kontrovers" und die orthodoxen Juden in einer „sehr deutlichen Minderheitsposition". „Sehr fundamentalistische Positionen, sehr grundsätzliche Positionen führen eben in der Regel nicht zum Kompromiß."

Als die Situation vom Senat so weit eskaliert worden ist, daß das Kaufangebot von 50. Mio. DM zur Verhandlung steht, aber aus allesamt guten Gründen von der jüdischen Gemeinde, dem Zentralrat der Juden und Athra Kadisha abgelehnt wird, wird Mirow deutlich. Bei den jüdischen Gesprächspartnern handele es sich „gar nicht um diejenigen, die hier leben, sondern größtenteils um solche, die in anderen Ländern leben, die gegen das Projekt sind."

Mit dieser Ansammlung antisemitischer Argumentationsmuster - das „Weltjudentum", die Friedensstörer, die an ihrer Verfolgung selbst schuld sind,... - entlarven sich Voscherau und Mirow selbst, in dem SIE es sind, die offenen Antisemitismus propagieren, die von ihnen diktierte angeblich „gute, gemeinsame Zukunft" gefährden und nicht, wie in der letzten Stellungnahme angeprangert, die Demonstranten, hauptsächlich gemeint die orthodoxen Juden, die von „schädlichen Aktionen" abzulassen haben. „Es darf kein weiterer Schaden für den inneren Frieden in unserem Lande entstehen." Vor neuer Eskalation wird gewarnt, die unabsehbare Folgen haben könnte, die doch eben dieser warnende Bürgermeister wissentlich auslöst.

Kein erklärendes Wort zu der Forderung nach Erhalt des Friedhofs, Beharren auf der Bezeichnung als „ehemaliger" Friedhof, Desinformation über den tatsächlichen Sachverhalt, Darstellung dieses Kampfes als einen unentschiedenen religiösen Streit unter Juden, Nichterwähnen der nationalsozialistischen Zerstörungsgeschichte des jüdischen Friedhofs, völliges Schweigen über die Situation jüdischer Gemeinden nach 1945, Aufwertung der Stadt Hamburg als geläutertes, besseres Fleckchen Deutschland, hanseatisch - tolerant - lernbereit.

„Der Alptraum von Ottensen" - ein Beispiel aus der Presse

Nachdem Voscherau und Mirow die orthodoxen Juden als unvernünftige Störer des deutsch-jüdischen Dialogs Hamburger Facon und der rechtstaatlichen Regelung ausgemacht und ausgegrenzt haben, entwirft Wolf Heckmann im Kommentar der „Hamburger Morgenpost" (23.4.92) zur Popularisierung des Schemas ein „Horrorszenario" und bestimmt: „Es ist wahr: Ihr extrem-fundamentalistischer Glaube ist in seinen Auswirkungen eine Vergewaltigung für eine aufgeklärte Gemeinschaft...". (Was sonst, wenn das aktuelle Feindbild „Fundamentalismus" abgerufen wird, „Zivilgesellschaft" heißt, ist hier bereits zur „Gemeinschaft" mutiert, die der Vergewaltigung durch den `jüdischen Fundamentalismus` zum Opfer fällt.) Ein paar Zeilen später sieht Heckmann dann ein „entsetzliches Dilemma auf uns zukommen": „Werden Fotos von Konfrontationen zwischen deutschen Polizisten und gläubigen Juden um die Welt gehen?" Was der Mann mit dem „Alptraum von Ottensen" meinte, ist jetzt klar: nicht ein „Alptraum" für die Juden, die Knute des deutschen Staates zu spüren zu bekommen, sondern ein Alptraum für die angegriffene und sich verteidigende deutsche Nation, daß alle Welt mitbekommen könnte, was deutsche Rechtstaatlichkeit bedeutet.

Schafft den Präzedenzfall !

Vor dem Hintergrund des latenten Antisemitismus und seiner staatlichen Aktivierung erhält der Ottenser „Konflikt" geradezu Symbolcharakter. Es geht um die Frage, ob die Interessen und Gefühle jüdischer Menschen in und von diesem Land mit Füßen getreten werden oder nicht. Die Haltung des Hamburger Senats erklärt sich also nicht daraus, daß er die Quarree-Bebauung des Friedhofsgeländes durch Büll und Liedtke um jeden Preis will, sondern daraus, daß er um fast jeden Preis einen Präzedenzfall verhindern will.

Was in anderen Ländern wie der ehemaligen SU, der CSFR, den Niederlanden, Österreich und der ehemaligen DDR längst geschehen ist, soll in Hamburg offenbar nicht zugelassen werden. Indem der Senat mit seiner Linie die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit immer mehr auf sich zieht, verbreitert er selbst die Möglichkeiten für den Präzedenzfall.

Wir fordern keine „Einsicht", keine „Besondere deutsche Verantwortung", kein Sich-Freikaufen. Sondern wir fordern den Präzedenzfall, weil er eine Selbstverständlichkeit ist.

Appell

Anfang Mai wurde die Szene Appell am Gedenkstein des ehemaligen Arbeitserziehungslagers (AEL) Russee in Kiel eröffnet. Die Installation Appell, ausgeführt von 16 Frauen der Metallwerkstatt und Arbeit für Alle e.V., zeigt 20 Vierkantstäbe und vier mit Stacheldraht verbundene Betonpfeiler (vgl. nebenstehende Abbildung).

Neben dem AEL, das der Gestapo unterstand, gab es in Kiel noch Außenlager der KZ Neuengamme und Buchenwald sowie eine Vielzahl von sog. Zivilarbeiterlagern (ZAL). Eine Reihe von noch heute tätigen Kieler Unternehmen profitierte von der Arbeitskraft der dort zwangsweise Beschäftigten. Der folgende Bericht entstand im Zusammenhang mit der obigen Ausstellungseröffnung.

Einsatz von ausländischen ZwangarbeiterInnen und Kriegsgefangenen in Kiel während des Faschismus

In Kiel beginnt bereits im April 1939 der Zustrom ausländischer ArbeiterInnen - Ende 1944 befinden sich fast 30.000 ZwangsarbeiterInnen in der Stadt.

Anfangs werden Dänen und Tschechoslowaken vor allem in Bauprojekten beschäftigt, die über das ganze Stadtgebiet verteilt sind. Zu Beginn hauptsächlich im Wohnungs- und Barackenbau (z.B. Kieler Werkswohnungen in Elmschenhagen), mit Beginn des Krieges aber auch verstärkt im Bunkerbau und bei baulichen Maßnahmen für Rüstungsbetriebe direkt (z.B. auf den Werften). Auch städtische Versorgungsleistungen (Straßenbahn, Stadtwerke, auch z.B. das Theater) werden über ausländische Arbeiter abgesichert.

Im Juni 1940 bereits wird die Beschäftigung ausländischer, insbesondere dänischer Arbeiter auch für den industriellen Produktionsbereich teilweise freigegeben und die Zeit ständiger Forderungen auch an das Arbeitsamt Kiel beginnt. Dabei ist nicht immer konkret festzustellen, wo tatsächlich angeworben, wo dienstverpflichtet, wo zwangsverschleppt wird - aber auch für die in Kiel eingesetzten ArbeiterInnen gilt Sauckels Ausspruch: „Von den 5 Millionen ausländischen Arbeitern, die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200.000 freiwillig gekommen“, das heißt eine/einer von 25 (Sauckel ist reichsweit der Bevollmächtigte für den Arbeitseinsatz).

Die „Zuwanderungen“ der Arbeitskräfte richten sich nach der Kriegslage: Im November 1940 läßt die Fa. ELAC in Kiel über das Arbeitsamt 309 französische Facharbeiter anwerben, die Kriegsmarinewerft (ab 1937 Zusammenschluß von Marinearsenal und Howaldt-Werft) verlangt nach 400 Italienern. Im Mai 1941 treffen dann die ersten Italiener in Kiel ein, den Zuschlag erhält die Fa. Bohn und Kähler (Antriebsmotoren). Aber nur einen Monat später meldet auch der Werftbetrieb Deutsche Werke Kiel (heute HDW, Gebiet Haupteingang) den ersten Transport „italienischer Arbeitskameraden“, die im Lager „Schwentinetal“ untergebracht werden. Belgier und Holländer komplettieren die Belegschaften nicht nur auf den Werften, sondern in fast allen Fertigungsbetrieben. Die umliegende Landwirtschaft setzt vorerst das Gros der polnischen ZwangsarbeiterInnen und die meisten Kriegsgefangenen unterschiedlicher Nationalität ein.

Klagen über unbefriedigende Arbeitsbedingungen erfolgen vom ersten Tag an; da werden zugesagte Löhne gekürzt, Aufschläge nicht gezahlt, die Überweisung nach Hause kommt nicht an, die Verpflegung ist schlecht, nach Vertragsende werden Urlaubssperren verhängt. Anfangs erwekken Betriebe und Behörden durchaus noch den Eindruck, diesen Klagen abhelfen zu wollen. Politische Unzuverlässigkeiten werden argwöhnisch von der GESTAPO verfolgt, das durch die Ausländer vorhandene „Sicherheitsrisiko“ haarscharf registriert.

Ende 1940 bereits beginnt der Einsatz von Kriegsgefangenen in der Rüstungsindustrie, am 31.12.1940 sind es in Schleswig-Holstein 475, u.a. in der Fa. ANSCHÜTZ in Kiel. Waren zu Beginn der sogenannten Anwerbung die eintreffenden Dänen und Tschechoslowaken, auch Holländer und Belgier, noch vielfach in Privatunterkünfte zu vermitteln, so beginnt spätestens 1941 die ständige Suche von Rüstungsbetrieben und Stadt Kiel nach weiteren Unterkünften. Barackenlager werden gebaut und gemietet, Schulen direkt z.B. durch die Kriegsmarinewerft oder die Feinmechanischen Werke (Ableger der Fa. Anschütz) vor allem in Dietrichsdorf/ Wellingdorf/ Ellerbek belegt. Bis heute ist die Gesamtzahl der sogenannten Gemeinschaftsunterkünfte unklar, bis zum Kriegsende müssen es in Kiel und im näheren Einzugsbereich mehr als 100 „Wohnstätten“ gewesen sein.

Es gab Lager mit mehr als 1000 Plätzen, besonders die Stadtteile Dietrichsdorf/ Neumühlen/ Elmschenhagen (wegen der Ostuferwerften) und Friedrichsort (wegen des Vorläufers der MAK, der Deutschen Werke Friedrichsort) beherbergten jeweils mehrere tausend ausländische ArbeiterInnen, meist ZwangsarbeiterInnen natürlich. Einzelne Betriebe hatten kleinere Unterkünfte gleich auf dem Betriebsgelände, die HOWALDT-Werft in Dietrichsdorf, die Fa. HAGENUK oder die Wäscherei Greve.

Am 11.1.1941 meldet das Rüstungskommando Kiel, daß wegen des erhöhten Einsatzes von AusländerInnen auch ein erhöhter Werkschutz notwendig werde. Hierfür fehlen geeignete Kräfte. Die aus-

reichende Arbeitsleistung der ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen ist die größte Sorge von Betrieben und Behörden, das Referat Arbeitsvertragsbruch der Gestapo Kiel unter Kriminalkommissar Werner beschäftigt sich mehr und mehr mit AusländerInnen. So sind am 31.8.1941 schon 345 AusländerInnen (vor allem aus Polen, der Tschechoslowakei und Dänemark) in den Gefängnissen des Oberlandgerichtsbezirks Kiel.

Bis Ende 1941 (hier beginnt die Zwangsrekrutierung von sowjetischen ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen) sind es vor allem die polnischen Arbeitskräfte, die unter den schlechtesten Arbeits- und Lebensbedingungen zu leiden haben, wenn auch auf dem Land die Situation günstiger ist. Schon im März 1940 leitet der stellvertretende Gauleiter der NSDAP in Kiel eine Aufforderung weiter, die diese Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens diskriminiert.

Für die Unterbringung, Verpflegung und Versorgung der ausländischen Arbeitskräfte (inzwischen treffen auch in Kiel mehr und mehr Frauen ein - vorwiegend Polinnen und Sowjetrussinnen) sind die einzelnen Betriebe (inkl. der Stadt Kiel) in Verbindung mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF) zuständig. Bei der DAF sitzen Verbindungsleute und Gauverbindungsleute der unterschiedlichen Nationalitäten, die direkten Kontakt unter anderem mit den jeweiligen Betriebsobleuten halten.

Beim SD-Abschnitt Kiel (Sicherheitsdienst der SS), verantwortlich ist der stellvertretende Leiter der SD-Außenstelle Kiel, Demmien, laufen alle Informationen über das „Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der Kieler Wirtschaft" zusammen. Die Arbeitszuteilung bei Kräften aus dem westlichen Europa läuft im Regelfall über das zuständige Arbeitsamt. PolInnen und OstarbeiterInnen (aus der Sowjetunion) werden in Güterzügen zusammengepfercht über die Verteilstelle Neumünster nach Kiel gebracht.

Wie vielfältige Zeugenaussagen nach dem Krieg vor der Polizeigruppe beweisen: Es wußten eigentlich alle Kielerinnen und Kieler, daß der Großteil der ausländischen Arbeitskräfte nicht freiwillig in Kiel war.

Wenn viele Betriebe nach dem Krieg darauf hinwiesen, sie hätten die Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften über die Arbeitsämter hinnehmen müssen, so kommt dies einer klaren Leugnung ihres eigenen Verhaltens gleich. Am 5. Dezember 1941 befinden sich sowohl ein leitender Mitarbeiter der Fa. ELAC, als auch der Betriebsleiter der Deutschen Werke Friedrichsort in Polen. Sie verhandeln mit den örtlichen deutschen Behörden in Krakau über die „Zuführung" von polnischen Arbeitskräften - Männern und Frauen. Sie werden nicht die einzigen aus Kiel gewesen sein, die durch die aktive Beteiligung an diesen Maßnahmen letztlich ihre „Kriegsdividenden" überdurchschnittlich steigerten.

Mit Beginn des Jahres 1942 beginnt die nicht enden wollende Verschleppung von sowjetischen Menschen auch nach Schleswig-Holstein. Aus allen Ecken der Provinz, ganz besonders aus Kiel, wird nach billigen, bedürfnislosen Arbeitskräften geschrien. 60.000 russische ZivilarbeiterInnen werden im April 1942 allein für die Rüstungsinspektion X (Schleswig-Holstein, Hamburg, Teile von Niedersachsen) in Aussicht gestellt. In Kiel beschwert sich die Parteizentrale der NSDAP darüber, daß die eintreffenden ZwangsarbeiterInnen teilweise noch sehr jung sind, sich oft auch in schlechter körperlicher Verfassung befinden, ja manche gar arbeitsunfähig seien.

Die für die PolInnen geltenden Beschränkungen werden nun natürlich auch in vollem Umfang auf die sogenannten OstarbeiterInnen angewandt, ja noch verschärft. Ihre Unterkünfte werden mit Stacheldraht von denen der Franzosen, Holländer usw. abgetrennt, sie dürfen die Straßenbahn und Bürgersteige nicht benutzen, die Lager nicht verlassen und sind von allen Sonderzuteilungen, z.B. an Verpflegung, ausgeschlossen. Der Gauobmann der DAF in Kiel, Emil Bannemann, besteht allerdings nach dem Krieg darauf, daß bei der Betreuungsarbeit der DAF „für die Fremdarbeiter überhaupt kein Unterschied zwischen den Nationalitäten gemacht wurde".

Mit den sich weiter verschlechternden Lebensbedingungen wächst der Widerstand unter den ZwangsarbeiterInnen, wobei (zumindest in Kiel) zumeist nur kleinere Zusammenschlüsse, oft auch nationalitätengebunden entstehen. Im Juni 1943 werden durch die Gestapo Kiel (für Schleswig-Holstein) allein 170 OstarbeiterInnen und 72 PolInnen sowie ca. 30 Westeuropäer festgenommen.

Inzwischen arbeitet das Sondergericht Kiel „auf Hochtouren". Während des Krieges betreffen mehr als ein Drittel der Todesurteile AusländerInnen, wobei ab 1942 schon OstarbeiterInnen und PolInnen nicht mehr dieser „normalen" Gerichtsbarkeit unterstehen, sondern allein der Willkür der SS. Auch politische Verfahren, z.B. wegen Hochverrat, werden nicht in Kiel verhandelt.

Auch die verstärkten Bombenangriffe auf Kiel kosten inzwischen immer mehr ausländischen Menschen das Leben. Bereits 1941 sterben 11 Italiener in einem Dietrichsdorfer Lager. Weil sie den Bunker nicht betreten dürfen, sterben im Spätsommer 1944 ebenfalls in Dietrichsdorf 90 sowjetische Kriegsgefangene.

Anfang 1943 liegen für einige Kieler Betriebe Beschäftigtenzahlen vor:

Anschütz: ca. 160 ZivilarbeiterInnen
und 20 Kriegsgefangene
Elac: ca. 800 ZivilarbeiterInnen und
300 Kriegsgefangene
Walter: ca. 250 ZivilarbeiterInnen

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kiel

B.-Nr.: II B 3 - 4162/42
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Kiel, den 26. September 19..
Düppelstraße 23
Fernsprecher: Nr. 8790

Gemeindeverwaltung
B...dorf

An
den Herrn Amtsvorsteher
in Büdelsdorf

Betrifft: Polnischer Zivilarbeiter Stanislaw Kampzek,
Vorgang: Dortiges Schreiben vom 8.9.1942.
Anlagen: Keine.

Kampzek ist in das Arbeitserziehungslager in Watenstedt eingewiesen worden. Er wird voraussichtlich Ende September 1942 mittels Sammeltransports nach hier zurückgeführt werden. Nach seinem Eintreffen wird er sofort wieder zur alten Arbeitsstelle zurückgeführt.

Im Auftrage

Nach mehrmaligem verspäteten Aufsuchen der Unterkunft erhielt Kampzek eine 10-tägige Haftstrafe in Kiel

Am 4.8.1942 verlangerte die Gestapo diese wegen ungebuhrlichen Betragens um 55 Tage

Hagenuk: ca. 600 ZivilarbeiterInnen und 65 Kriegsgefangene
Kriegsmarinewerft: ca. 4500 ZivilarbeiterInnen
Germaniawerft: ca. 1500 ZivilarbeiterInnen und 130 Kriegsgefangene
Dt. Werke Kiel: ca. 2100 ZivilarbeiterInnen
Dt. Werke F'Ort: ca: 1100 ZivilarbeiterInnen
(aus Berichten über die Gefolgschaftsbewegungen des Reichsarbeitsinisteriums).

Auf den Werften entstehen in dieser Zeit die U-Boot-Bunker „Kilian“ und „Konrad“, wo die geschützte Serienfertigung von Unterseebooten stattfinden soll. ZwangsarbeiterInnen sind im großen Umfang daran beteiligt.

Doch nicht allein mit den OstarbeiterInnen, die wahrscheinlich zum Ende des Krieges hin ca. die Hälfte der in Kiel arbeitenden AusländerInnen ausmachen, läßt sich der auch durch die unaufhaltsame Einberufung von weiteren deutschen Facharbeitern an die Front immer noch wachsende Arbeitskräftebedarf decken. So meldet das Arbeitsamt Kiel dem Rüstungskommando im September 1943, daß in Kürze mit der Ankunft von 1000 italienischen Kriegsgefangenen für die Rüstungsbetriebe Kiels zu rechnen sei. Mehr und mehr werden alle irgendwie verfügbaren Arbeitskräfte in die Produktion gesteckt.

Im Herbst 1944 wird eine sowjetisch-polnische Widerstandsgruppe aufgedeckt, die in verschiedenen Lagern in Kiel und Umgebung Verbindungen unterhielt. Vom Lager „Wehdenweg“ in Kiel-Wellingdorf, dem Lager „Fockstraße“ in Kiel-Süd und dem Lager „An der Schanze“ in Kiel-Friedrichsort bestehen Beziehungen bis nach Neumünster, Rendsburg und auch Lübeck.

Der Apparat kennt jetzt kaum noch ein Erbarmen. Die Todesurteile des Sondergerichts Kiel häufen sich, im Polizeigefängnis Gartenstraße (Blume), der Polizeibaracke Drachensee und anschließend im sogenannten „Arbeitserziehungslager (AEL) Nordmark“ in Russee werden hunderte ausländische Menschen von Gestapo und SS-Leuten brutal und bestialisch ermordet.

Nach dem Krieg wird zwar deutlich, daß fast jede/r in Kiel über die schlechten Lebensbedingungen dieser meist ZwangsarbeiterInnen Bescheid wußte. Die Bevölkerung Kiels aber registriert öffentlich das Vorhandensein dieser Menschen erst mit dem Ende der nationalsozialistischen Zwangsherrschaft. Nicht die hungernden, versklavten und ausgebeuteten Menschen bleiben in der Erinnerung, sondern ausgerechnet diejenigen, die sich nach der Befreiung ohne formalen Rechtsanspruch einen minimalen Teil von dem zurückholen, was ihnen jahrelang vorenthalten wurde. Diejenigen, die in Kiel an mehr oder weniger entscheidenden Stellen an der rücksichtslosen Ausbeutung dieser „menschlichen Arbeitskraft“ mitgewirkt haben oder beteiligt waren, rüsten sich nach dem Krieg mit Leumundszeugnissen aus. Vor dem Hintergrund von Konzentrationslagern und Judenvernichtung gerät ihre Verantwortung denn auch schnell aus der öffentlichen Diskussion.

Mehr als 1000 ausländische ZwangsarbeiterInnen haben Kiel zwischen 1940 und 1945 nicht überlebt.

U.B.

"Erziehung ins Massengrab"

Der Historiker Detlef Korte hat jahrelang die Geschichte des "Arbeitserziehungslagers Nordmark" erforscht. In seinem jüngst erschienenen Buch "Erziehung ins Massengrab" (Neuer Malik Verlag, Kiel) stellt er seine Ergebnisse vor.

Auf Einladung des Buchladen Zapata, Jungfernstieg, berichtet Detlef Korte über seine Erfahrungen bei der Recherche in den Archiven und skizziert wesentliche Aspekte der Geschichte dieses fast vergessenen Teils Kieler Stadtgeschichte.

11. Juni, 20 Uhr, "pumpe"

Mumia Abu-Jamal - Voice of the voiceless

Mumia Abu-Jamal befindet sich seit 1982 im Todestrakt eines Knastes in Pennsylvania. Als ehemaliger Black Panther, als schwarzer Journalist und als Unterstützer von Move ist Mumia seit den späten 60er Jahren den Repressionen des Polizeidepartments von Philadelphia ausgesetzt. Seine Artikel für die Zeitung der Black Panther Party entlarven die rassistische Gewalt der Polizei und ihres Chefs Frank Rizzo. Seine Antwort war eine militärisch durchgeführte Razzia gegen das Panther Hauptquartier, brutale Prügel gegen Parteimitglieder und eine Serie von Gerichtsverfahren, die lediglich auf Konstrukten basierten.

1978, als Rizzo die Politik der Belagerung und schließlich den Angriff gegen ein Move-Haus befahl, war Jamal der einzige Reporter, der Move-Mitglieder interviewte. Rizzo schwor öffentlich Rache.

Im Dezember 1981 beobachtete Mumia, wie sein Bruder von einem Polizisten geschlagen wurde. Mumia griff ein, am Ende war der Polizist tot und er selbst schwerverletzt. Nach seiner Verhaftung wurde er wegen Polizistenmordes angeklagt.

Der Prozess war eine einzige Lüge. Es war ein reiner Indizienprozess, indem es keine Beweise sondern nur rassistische Vorverurteilungen des Staatsanwalttes und der nur aus weißen Geschworenen bestehenden Jury gab. In diesem unfairen Prozeß gab es zwar Anhaltspunkte mit denen mensch die Mordversion der Staatsanwaltschaft ins Wanken hätte bringen können, diese wurden aber systematisch unterdrückt und stattdessen Jamals 12 Jahre zurückliegende Mitgliedschaft in der Black Panther-Party und seine engagierte journalistische Arbeit für Radiostationen und Zeitungen als „Beweise“ angeführt. Ein Artikel den Jamal als 16-jähriger für den Philadelphia Inquirer geschrieben hatte, indem er schrieb, daß politische Macht aus Gewehrläufen komme, wurde als Beweismittel für seinen angeblich lang gehegten Wunsch eingeführt, Polizisten töten zu wollen. Mit diesem „Beweismittel“ sollte die Todesstrafe abgesichert werden.

Seit seiner Verurteilung unterliegt Jamal permanenter disziplinarischer Bestrafung, weil er sich wegen seines Glaubens weigert seine Dreadlocks abschneiden zu lassen. Das heißt konkret, er befindet sich in Isolationshaft, ihm werden Kontaktbesuche verweigert und er erhält keine Bücher und Zeitungen, trotz alldem schreibt er weiter seine Artikel.

In den letzten Jahren haben sich die obersten Gerichtshöfe Pennsylvanias und der USA mehrfach geweigert seine Berufungsanträge anzunehmen, obwohl darin jeweils ausführlich dargestellt wurde, daß Mumias Verfahrens-, Verfassungs-, und Menschenrechte seit der Verhaftung 1981 mehrfach gravierend verletzt wurden und er zu Unrecht zum Tode verurteilt ist. Auch wenn der Hinrichtungsbefehl bisher vom Gouverneur noch nicht unterschrieben wurde, hat sich an der Gefahr einer möglichen Hinrichtung trotz alledem nichts geändert

Jamal fing 1991 erneut mit seinen AnwältInnen an, das Aufnahmeverfahren vorzubereiten. Darin soll nachgewiesen werden, daß es im ersten Prozeß nicht den leisesten Versuch gegeben hat, entlastenden Beweisen nachzugehen. Das Team

seiner VerteidigerInnen ist schon nach jetziger Aktenlage fest davon überzeugt, daß dieser Antrag Erfolg haben wird - ähnlich wie in den Fällen von Johnny Imani Harris und Patrick „Hooty" Croy, die beide in vergleichbaren Fällen nach 14 bzw. 12 Jahren in der Todezelle 1990 in erneuten Prozessen freigesprochen wurden und wieder ihre „Freiheit" zurück erlangten. Damit Mumia Abu-Jamal auch wieder seine „Freiheit" genießen kann, sollten Anfang 1992 die Arbeiten zum Aufnahmeverfahren beginnen, die allerdings insgesamt 150 Tausend Dollar kosten werden. Trotz der immer größer werdenden Solidaritätsbewegung konnte dieser Betrag leider noch nicht aufgebracht werden. Es wurde bisher eine Summe von 50 Tausend Dollar zusammengebracht, die erstmal reichte, um mit den Arbeiten zu beginnen.

Die Freilassung von Mumia Abu-Jamal ist von größter Wichtigkeit, da er seit Jahrzehnten der erste politische Gefangene ist, der hingerichtet werden soll. Für die anderen politisch militanten der letzten großen Bewegung galt noch der „soziale Tod", die lebenslange Haftstrafe ohne Chance einer Entlassung. Sollte Abu-Jamal tatsächlich hingerichtet werden, wird dies wegweisend sein für die Aufstandsbekämpfung der amerikanischen Regierung in den 90er Jahren.

„Sie nennen uns Kidnapper. Aber nicht wir haben tausende von Brüdern und Schwestern entführt, die in den amerikanischen Konzentrationslagern festgehlaten werden. 90 % aller Gefängnisinsassen- und Insassinnen in diesem Land sind Schwarze und Menschen aus der dritten Welt, die sich weder AnwältInnen leisten noch eine Kaution stellen können. Sie nennen uns Diebe und BanditInnen. Wir würden stehlen, behaupten sie. Aber nicht wir raubten Millionen Menschen vom afrikanischen Kontinent. Wir sind unserer Sprache beraubt worden, unserer Göttinnen undGötter, unserer Kultur, unserer Menschenwürde, unserer Arbeitskraft und schließlich unseres Lebens... Sie nennen uns Diebe, aber nicht wir haben Millionen Indianer und Indianerinnen ermordet und ihnen ihr Land, ihre Heimat entrissen, um uns dann als Pioniere zu bezeichnen. Uns nennen sie BanditInnen, aber nicht wir rauben die Rohstoffe aus Afrika, Asien und Lateinamerika, nicht wir nahmen diesem Kontinent die Freiheit und ließen die Menschen dort krank und hungernd zurück. Die Herrschenden in diesem Land (AmeriKKKa) haben einige der brutalsten und gemeinsten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit begangen. Sie sind die BanditInnen! Sie sind die MörderInnen! Und so sollten sie auch behandelt werden...

...Es ist unsere Pflicht, für unsere Freiheit zu kämpfen. Es ist unsere Pflicht zu siegen!" (Assata Shakur)

FREIHEIT FÜR MUMIA ABU-JAMAL!
ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE!
SPENDET GEGEN DIE LEGALE LYNCHJUSTIZ!

Schreibt an:
Mumia Abu Jamal
AM-8335
Drawer R
Huntingdon, PA 16652

Governor
Robert Cassy
Main catpital building
room225
Harrisburg, PA 17120 USA

Spendenkonto
Sparkasse Kiel
BLZ 210 501 70
105 200 893
Kennwort Mumia Abu Jamal

Dänemark: Mordanschlag auf „Internationalen Sozialisten"

Eine in einem großen Briefumschlag per Post zugeschickte Bombe explodierte am Montag, den 16. März 1992, um ca. 11.45 Uhr bei den „Internationalen Sozialisten" (IS) in Kopenhagen. Dabei kam der 29jährige Henrik Christensen, Mitglied der IS, ums Leben. Die im Erdgeschoß eines Wohnhauses gelegenen Räume brannten völlig aus.

IS sind eine kleine Gruppe, die landesweit 70 Mitglieder hat, aber auch in anderen europäischen Ländern existiert. Ihr Schwerpunkt liegt auf Gewerkschaftsarbeit; in letzter Zeit haben sie sich verstärkt mit den Themen Rassismus/Faschismus auseinandergesetzt.

Die IS sind davon überzeugt, daß es sich bei dem Anschlag um einen von Neonazis verübten politischen Mord handelt. Zwar waren linke Gruppierungen seit längerer Zeit systematisch Drohbriefen, Aschlägen und Brandaktionen ausgesetzt, aber diese Form des Terrors hat doch wie ein Schock gewirkt. Sie ist der bislang heftigste Angriff auf Linke. Viele sehen darin denn auch den Versuch, die Linke zu zerschlagen und Menschen von antirassistischen Aktivitäten abzuschrecken.

Daß diese Kalkulation nicht aufgehen wird, darauf läßt die Beteiligung an einer Gedenkdemonstration für Henrik Christensen und gegen den Rassismus schließen. An ihr beteiligten sich in Kopenhagen 15.000 Menschen. In anderen Städten gab es ebenfalls Demonstrationen.

Foto: LARS KRABBE

Noch nie war mir so wenig danach zumute,
still zu sein, wie jetzt!